

**GEW**

**Die Krise**



**DDS**

Zeitschrift  
der Gewerkschaft  
Erziehung und Wissenschaft  
Landesverband Bayern

**Mai  
2009**

## Die Krise

- 3 Bad Bank kommt von Bad Banking**  
Die Sozialisierung von Verlusten des Bankensektors ist nur zu rechtfertigen, wenn das internationale Finanzcasino geschlossen wird  
von Heiner Flassbeck und Friederike Spiecker
- 5 Prediger der Deregulierung**  
Die Politik stellt die Banker an den Pranger und verschleiert so ihre eigene Mitschuld an der Krise  
von Detlev von Larcher
- 7 Inflation? Deflation? Stagflation?**  
Alle Annahmen zur Krise sind unsicher – es darf spekuliert werden  
von Joachim Geffers
- 9 Der Exportweltmeister als Krisenbeschleuniger**  
Deutschland in der Weltwirtschaftskrise  
von Richard Detje
- 11 Talfahrt mit der »Schuldenbremse«?**  
»Bildungsgipfel«, Konjunkturpakete und die Finanzierung öffentlicher Bildung  
von Reinhard Frankl
- 13 In welcher Gesellschaft leben wir?**  
von Horst Schmitthenner
- 16 Der Zeitgewinn**  
»Nicht dasjenige Land ist verhältnismäßig vorzüglich mächtig und glücklich, das viele sehr reiche Individuen hat, sondern dasjenige, dessen allgemeiner Wohlstand des Reichtums der Einzelnen entbehren kann.«  
von Hannes Henjes

## Tarifverhandlungen zu einer neuen Entgeltordnung

- 18 EGO! Jetzt sind wir dran!**  
von Günther Schedel-Gschwendtner

## Neues aus der Weiterbildung

- 20 Mindestlohn? Höchstlohn!**  
von Peter Weiß
- 22 KursleiterInnen fordern 30 EUR Mindesthonorar**  
von Anton Salzbrunn
- 22 Die Lage der bayerischen Volkshochschuldozenten**  
Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft Dozentenvertretungen

## Was es sonst noch gibt

- 23 Nicht nur wegen Winnenden – was wir dringend brauchen, ist eine Schule für Lebenskunst!**  
von Rolf Staudt
- 24 GEW Bayern fordert Rehabilitierung Haydar Isiks**
- 26 Erlesenes**  
Rezensionen von Ingola Lammers und Dr. Christa Lohmann

## Rubriken

- 28 Dies und Das**
- 30 Veranstaltungen**
- 31 Glückwünsche und Dank**
- 32 Kontakte**

Ab \_\_\_\_\_ gilt folgende Änderung (meiner Adresse, Bankverbindung, Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle, GEW-Funktion ...)

Name:

Mitgliedsnummer:

Änderung:

Bitte zurück an GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München  
Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn es uns mitgeteilt wird!). Wer unter dem satzungsgemäßen Beitrag liegt, verliert seinen gewerkschaftlichen Rechtsschutz!

**Den Bock zum Gärtner machen** will Horst Seehofer, indem er den Chef des Münchner ifo-Instituts Hans Werner Sinn in eine Expertenkommission beruft, die eine »Gesamtvision« für die Zukunft unserer Wirtschaftsordnung entwickeln soll. Dieser Oberprotagonist des Neoliberalismus, der bis vor Kurzem noch aufdringlich durch alle Medien tourte, um die Vorzüge und Notwendigkeiten jenes Systems zu preisen, das gerade zusammenkracht, soll – gemeinsam mit dem Vorstandsvorsitzenden eines Pharmakonzerns, einem konservativen Historiker und dem Münchner Erzbischof – »überzeugende politische Antworten« auf die aktuelle Krise finden. Und das bis zur Sommerpause, also bitte ein wenig flott, meine Herren! Das erwartet unser aller Ministerpräsident. (s. SZ 17.04.09) Und man fragt sich als denkender Mensch, ob das in Wirklichkeit geschieht oder ob man vielleicht nur schlecht träumt.

Fast wohltuend mutet es da schon an, wenn der Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) öffentlich eingesteht, dass »die Prognostiker im Dunkeln tappen« (Tagesschau 14.04.09) und sich folglich »im Erklärungsnotstand« befinden.

Gewerkschaftsnahe Ökonomen sind von der Krise weniger überrascht worden – sie haben schon lange davor gewarnt. Einige von ihnen baten wir für unseren Themenschwerpunkt um Beiträge. Es ist uns bewusst, dass darin durchaus unterschiedliche Ansätze vertreten werden. Wir verstehen die folgenden Texte aber ausdrücklich als Anregung, sich mit diesem existenziellen Thema zu befassen, auch wenn es kein originär pädagogisches ist. Aber wollen wir jenen »Experten« wie den oben benannten auch weiterhin »glauben« müssen, wenn sie uns Unsinn erzählen, nur weil wir selbst nichts davon verstehen? Wir empfehlen deshalb die Beachtung der Internet-Hinweise unter manchen Artikeln zum Weitersuchen. Ganz besonders ergiebig ist die Suche unter folgender Internet-Adresse: [www.denknetz-online.ch/](http://www.denknetz-online.ch/) Unter dem Stichwort »Globale Finanzkrise« findet sich dort ein »Denknetz-Infobrief« mit seinerseits zahlreichen Verweisen auf weiterführende Informationen. Der Klick dorthin lohnt sich.

Karin Just

PS: Pünktlich zur Drucklegung dieser DDS berichten die Zeitungen übrigens über das nächste Renditeziel der Deutschen Bank: Josef Ackermann gibt auch für dieses Jahr 25 Prozent vor. »Viele große Banken werden diese Ziele im ersten Quartal wieder erreichen«, sagte er. (SZ 20.04.2009) Spricht hier etwa noch jemand von Krise?

Folgende Themen sind in Planung bzw. in unserem Themenspeicher – Beiträge dazu und weitere Vorschläge erwünscht: Lebenszeit/Arbeitszeit/Altersteilzeit/Freizeit – Arbeitszeitmodelle • Sonderpädagogik/Inklusion • Sinkende SchülerInnenzahlen – Welche Utopien haben wir? • Jahrgangübergreifendes Lernen/Jahrgangübergreifende Klassen • Rechtsextremismus • SchülerInnen und Mitbestimmung • Bildung als Menschenrecht • Bürgerschaftliches Engagement • Religionen im Aufwind.

**Telefonische Sprechzeiten der GEW-Rechtsstelle  
mit Beratung für GEW-Mitglieder:  
Montag und Donnerstag  
von 13.00 - 16.00 Uhr • Tel.: 0 89-54 37 99 59  
Bitte Mitgliedsnummer bereithalten!**

## Impressum:

DDS • Die Demokratische Schule • **Herausgeber:** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern, Geschäftsstelle: Schwanthalerstr. 64, 80336 München, ☎ 0 89-5 4 4 0 8 1 0 • Fax: 0 89-5 38 94 87 • e-mail: [info@bayern.gew.de](mailto:info@bayern.gew.de) • [www.gew-bayern.de](http://www.gew-bayern.de)

**Redaktionsleiterin:** Karin Just, Heimeranstr. 58, 80339 München, ☎ 0 89-51 00 91 02 oder über die Geschäftsstelle der GEW erreichbar ☎ 0 89-54 40 81 0 • Fax: 0 89-538 94 87 E-Mail: [KJ@bayern.gew.de](mailto:KJ@bayern.gew.de)

**Redaktionelle MitarbeiterInnen:** Verena Escherich, Hannes Henjes, Sabine Herzig, Petra Nalenz, Gele Neubäcker, Ute Schmitt, Doro Weniger, Wolfram Witte.

**Gestaltung:** Karin Just

**Bildnachweis** (soweit nicht beim Foto berücksichtigt): Privat und Karin Just

**Druck:** Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München, ☎ 0 89-5 02 99 94

**Anzeigenannahme:** über die Redaktionsleitung

**Anzeigenverwaltung:** Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München,

☎ 0 89-5 02 99 94, e-mail: [team@druckwerk-muenchen.de](mailto:team@druckwerk-muenchen.de)

Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 12 vom 1.1.2003 gültig.

Mit Namen oder Namenszeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden VerfasserInnen dar und bedeuten nicht ohne weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21,- EUR zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer 2,50 EUR zzgl. Porto.

Die DDS erscheint monatlich mit Ausnahme der Monate Januar und August.

**Adressenänderung:** Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.

**Redaktions- und Anzeigenschluss:** jeweils am 6. des Vormonates



Foto: Robert Michel

## Bad Bank kommt von Bad Banking

**Die Sozialisierung von Verlusten des Bankensektors ist nur zu rechtfertigen, wenn das internationale Finanzkasino geschlossen wird**

Erst ein 500 Milliarden Euro schwerer Rettungsschirm für die Banken, dann ein 50 Milliarden Euro schweres Konjunkturprogramm II und jetzt auch noch die Diskussion um eine große oder viele kleine Bad Banks, an die die Banken die Schrottpapiere, auf denen sie in ihren Bilanzen sitzen, zu derzeit unrealistischen Kursen auf Kosten der Steuern Zahlenden verkaufen können – da schaudert es viele zu Recht und man fragt sich, ob so viel Geld in ein total verrottetes Bankensystem gesteckt werden sollte.

Es ist aber leider so: Kein Land kann es sich leisten, sein Finanzsystem zusammenbrechen zu lassen, weil ein funktionierendes Kreditwesen für eine monetäre Marktwirtschaft ein öffentliches Gut ist. Geld in allen seinen Formen – Bargeld, Buchgeld, Wertpapiere beziehungsweise Kredite – ist unersetzlich, da der ansonsten notwendige Realtausch eine hoch arbeitsteilige Wirtschaft völlig lahmlegt. Als Investitionsmittel hat Geld eine überragende, wenn auch von vielen verkannte Bedeutung für die Entwicklung einer Marktwirtschaft: ohne Kredite keine Investitionen, ohne Investitionen kein Produktivitätsfortschritt und kein Wachstum.

### Es droht ein Kollaps

In der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise ist, im Gegensatz zu den meisten früheren Finanzkrisen und Abschwüngen, das öffentliche Gut »Kreditwesen« national

und international so in Gefahr, dass ein Kollaps der Weltwirtschaft droht, wenn man jetzt nicht gegen den ehernen Grundsatz der Marktwirtschaft verstößt, nicht nur Gewinne zu privatisieren, sondern auch Verluste.

Um das zu verstehen, muss man zunächst begreifen, wie das System in Abschwungphasen normalerweise funktioniert. Es ist keineswegs neu, dass sich alle einzelwirtschaftlichen Akteure immer prozyklisch verhalten. Im Abschwung bedeutet das, dass alle Wirtschaftssubjekte vorsichtiger, abwartender handeln, auch die Banken. Wegen Absatzproblemen und Zahlungsausfällen der Unternehmen, wegen zunehmender Arbeitslosigkeit und entsprechend geringerer oder ausfallender Arbeitseinkommen werden manche Unternehmens- und KonsumentInnenkredite faul. Folgerichtig legen die Banken strengere Maßstäbe an die Bonität ihrer KreditkundInnen an und verschärfen die Kreditkonditionen. Gleichzeitig sinkt aber auch die Kreditnachfrage, weil sich Investoren und KonsumentInnen wegen der schlechten Wirtschaftsaussichten mit Ausgaben generell und speziell mit kreditfinanzierten zurückhalten und stattdessen zu sparen versuchen. Letzten Endes sinkt die Kreditnachfrage schneller als sich das Kreditangebot verteuert, weil Einkommen und Inflationsrate fallen, sodass die langfristigen Nominalzinsen schließlich zurückgehen.

Ob und wann der Boden des Konjunkturtals erreicht ist, das heißt die Sachinvestoren wieder Mut fassen zu in-

vestieren, hängt im Wesentlichen von zwei Faktoren ab: Erstens davon, dass der Nominalzins im Vergleich zur Preissteigerungsrate schnell genug sinkt, sodass auch der Realzins zurückgeht oder sogar negativ wird, damit sich Sachinvestitionen von dieser Seite her gesehen wieder lohnen.

Für diesen Mechanismus spielt die Geldpolitik mit der Steuerung der kurzfristigen Nominalzinsen die entscheidende Rolle. Handelt sie zu spät, kann sie von der nach unten gerichteten Preisentwicklung überholt werden und so ihre Wirksamkeit vollständig einbüßen – eine derzeit in Europa leider sehr reale Gefahr.

## **Der Staat muss handeln**

Zweitens warten alle Investoren auf positive Signale am Absatzhorizont. Denn was nützen niedrige Nominalzinsen bei der Finanzierung eines Investitionsprojekts, wenn die damit hergestellten Güter niemand kauft? Dann ist selbst bei Null-Zinsen die Kreditbedienung, also die reine Tilgung, gefährdet. Das machen die Banken – zu Recht – nicht mit. In einer solchen Situation kann nur der Staat positive Signale aussenden, indem er mit einer antizyklischen Ausgabenpolitik Nachfrage schafft. Je schärfer die Krise, desto umfangreichere Signale muss die Fiskalpolitik geben, um die abwartende Haltung der Investoren, die selbstverstärkend wirkt, zu brechen. Mit anderen Worten: Das marktwirtschaftliche System ist durch das prozyklische Verhalten seiner einzelwirtschaftlichen Akteure potenziell instabil und bedarf daher einer vorausschauenden antizyklischen Steuerung durch den Staat, aber nicht automatisch einer Sozialisierung von Verlusten des Bankensektors.

## **Wie erklären sich die Dimensionen der aktuellen Krise?**

Warum ist die Krise, die als Hauspreisblase in den USA begann, so stark auf alle anderen Länder übergesprungen und hat eine so gewaltige Dimension angenommen, dass dieses Mal die antizyklische Steuerung durch den Staat nicht ausreicht, sondern auch die Sozialisierung von Verlusten des Bankensektors unvermeidlich ist? Brach früher die Konjunktur in einem Land ein oder wackelten ein paar seiner Banken, dann gab es das Ausland, das in einer anderen Phase seines Konjunkturzyklus steckte und so ein relativ stabiles Element für die strauchelnde Volkswirtschaft bot. Das hat sich dramatisch verändert. Die in den letzten zehn Jahren massiv vorangetriebene Liberalisierung des internationalen Kapitalverkehrs hat zwei Dinge ermöglicht, die es so früher nicht gab: die internationale Vermarktung undurchsichtiger Finanzprodukte und den jahrelangen Aufbau großer Schuldner- und Gläubigerpositionen zwischen ganzen Volkswirtschaften, die sogenannten internationalen Ungleichgewichte.

Letzteres ist entscheidend durch die Liberalisierung der internationalen Finanzmärkte befördert worden, weil sie es ermöglichte, massiv gegen Währungen zu spekulieren und

dabei die von der jeweiligen Geldpolitik verursachten internationalen Zinsdifferenzen zu nutzen. Die Spekulationen führten systematisch dazu, dass Währungen fundamental anders bewertet wurden, als es den realwirtschaftlichen Handelsbeziehungen entsprach. Auf diese Weise wurde die notwendige Korrektur der Wettbewerbspositionen zwischen Volkswirtschaften immer wieder hinausgeschoben und so kam es, dass die einen Länder heute im Ausland hoch verschuldet sind und die anderen spiegelbildlich dazu auf großen Vermögenspositionen sitzen.

Die Handelsungleichgewichte lieferten ihrerseits die finanzielle Basis für die internationale Vermarktung undurchsichtiger Finanzprodukte. Ohne den gewaltigen US-amerikanischen Finanzierungsbedarf für das eigene Über-die-Verhältnisse-leben und spiegelbildlich dazu das Unter-den-Verhältnissen-leben der großen Überschussländer, einschließlich Deutschlands, wären die Ramschpapiere vom dortigen Immobilienmarkt nie so weit um den Globus gewandert, wie sie es taten, und hätten unsere Banken nicht so fundamental erschüttert.

Aber es gibt noch einen anderen Grund für die Dimension der Krise. Der Haken bei Krediten, hinter denen noch keine Güter stehen, ist die Art der Verwendung dieses Geldes. Werden sie für Sachinvestitionen genutzt, kommt bei vernünftiger Prüfung des Einzelfalls durch die Kreditgeber im Schnitt etwas Produktivitätssteigerndes heraus, aus dem sich Zinsen und Tilgung bezahlen lassen. Dem Mehr an Geld steht dann ein Mehr an Gütern und damit automatisch an Einkommen gegenüber. Werden die Kredite jedoch für Finanzspekulationen – sei es im Währungsbereich, sei es auf Rohstoff- oder Immobilienmärkten, sei es in Hedgefonds oder im spekulativen Eigengeschäft der Banken – verwendet, steigt die Produktivität überhaupt nicht. Das ist nämlich reines Kasinospiel, bei dem der Gewinn des erfolgreichen Spielers automatisch den Verlust anderer bedeutet. Oft sogar anderer, die gar keine Spieler sind, sondern etwa die um ihren Arbeitsplatz gebrachten ArbeitnehmerInnen eines Unternehmens, das von Finanzinvestoren mit hoher Verschuldung in Grund und Boden gefahren wird.

## **Was dürfen Banken?**

Wenn es einen großen Schock gibt, wird aus dem kasinomäßigen Nullsummen- sogar ein Negativsummenspiel, bei dem alle verlieren. Und um genau diesen Punkt muss es jetzt bei der Diskussion, wie der Bankensektor zu retten ist, gehen. Wenn wir das für unsere Marktwirtschaft unabdingbare öffentliche Gut eines funktionierenden Kreditwesens mit Steuergeldern am Leben erhalten, müssen wir gleichzeitig das Gift, das dieses öffentliche Gut zerstört, beseitigen. Wie wir das im Einzelnen machen – mit dem direkten Kauf von Bankanteilen durch den Staat, mit einer kompletten Verstaatlichung des Sektors, mit einer großen oder mehreren kleinen Bad Banks – ist eine zweitrangige Frage. Entscheidend ist, dass die Frage, was Banken tun dürfen und was nicht, beantwortet wird, die institutionellen Rahmenbedin-

gungen neu gesetzt werden, bevor die Antwort auf die Frage »Bad Bank – ja oder nein?« gegeben wird. Staatliche Banken kann man auf viele Weisen daran hindern, Unfug zu machen. Es geht aber nicht an, dass die privaten Banken vom Staat entlastet werden und sofort wieder auf die alten Spielwiesen zurückkehren. Sollte die Lösung gewählt werden, die Banken durch den Steuerzahler zu entlasten, ist also zunächst zu klären, welche Art von Geschäften für Banken zulässig ist. Und da das Bankengeschäft international abläuft, muss diese Klärung international koordiniert geschehen. Wir dürfen uns aber nicht hinter der Internationalitätsforderung verstecken, um die Dinge aktuell einfach weiterlaufen zu lassen. Dafür ist die Eigendynamik der Krise inzwischen viel zu groß. Wenn keine rasche internationale Einigung auf konkrete und strenge Regeln für private Banken möglich ist, muss der Sektor eben verstaatlicht werden, bis man auf internationaler Ebene den institutionellen Rahmen fertiggezimmert hat.

Das Argument, der Staat sei nicht der bessere Banker, wie man an den Landesbanken studieren könne, ist Unsinn. Wer die schlechtesten Banker sind, weiß man jetzt. Die zu unterbieten, wird auch einem durchschnittlich begabten staatlichen Beamten schwer fallen. Zentral ist aber, dass der Staat jetzt Regeln aufstellt, die alle Banker, ob gut oder schlecht, dazu zwingt, sich wie Banker zu verhalten und nicht wie Zocker.



**von Heiner Flassbeck  
und Friederike Spiecker**



*Heiner Flassbeck ist Chefökonom bei der UNO-Organisation für Handel und Entwicklung (UNCTAD) und als Referent für die LVV der GEW Bayern im Oktober angefragt. Friederike Spiecker ist Ökonomin und Publizistin. Siehe auch: [www.flassbeck.de](http://www.flassbeck.de)*



## **Prediger der Deregulierung**

**Die Politik  
stellt die Banker  
an den Pranger  
und verschleiert so  
ihre eigene Mitschuld an der Krise**

Foto: Robert Michel

Banker-Bashing ist gerade sehr in. Die maßlose Gier nach schnellem hohem Profit wird beklagt. Wären nur die Manager der Geldbranche mehr am langfristigen Erfolg ihrer Kreditinstitute als an ihrem eigenen kurzfristigen Erfolg orientiert und würden sie sich ethisch korrekt verhalten – die Finanzmarktkrise wäre zu vermeiden gewesen, suggeriert man uns.

Nun muss man die Banker wirklich nicht in Schutz nehmen, die Kritik an ihnen ist berechtigt. Aber wenn PolitikerInnen sie so heftig kritisieren, wollen sie damit nur den eigenen Anteil an der Krise verschleiern. Die ausschließliche Beschäftigung mit der Krise und den Rettungsaktionen, deren Notwendigkeit von niemand grundsätzlich bestritten wird, greift viel zu kurz. Nicht die Krise ist das eigentliche Problem, sondern das »ganz normale Funktionie-

ren« der Finanzmärkte. Die Schäden für Millionen von Menschen richten sie gerade dann an, wenn sie »normal« funktionieren.

Und die Voraussetzungen dafür, dass das kapitalistische System, in dem wir leben, immer mehr von den Finanzmärkten getrieben wird, sind von der Politik gesetzt. Den jetzt von ihnen beklagten Raubtierkapitalismus haben PolitikerInnen trotz vielfältiger Warnungen erst herbeigeführt. Wir dürfen es nicht zulassen, dass sie sich mittels kräftiger Banker-Schelte aus der Verantwortung stehlen.

### **»Innovation« um jeden Preis**

Ich höre noch die vielen Stimmen im Finanzausschuss des Bundestages: Wenn wir den Handel mit Derivaten nicht

zulassen, wird er anderswo stattfinden und der Finanzplatz Deutschland wird unbedeutend. Das war die ständige Parole bei der Zulassung der »innovativen Instrumente« und von Hedgefonds. Sie erklang ebenso, als der steuerlichen Begünstigung von Private-Equity-Gesellschaften der Weg gebahnt wurde. »Standortpolitik« war auch das Motto bei der sich unter Rot-Grün beschleunigenden Liberalisierung und Deregulierung der Finanzmärkte.

2003 wurden Verbriefungen – also die Finanzinstrumente, welche die Krise unmittelbar ausgelöst haben – von der Regierung aus SPD und Grünen in der Bundesrepublik zugelassen. Die »Deutschland AG« sollte aufgelöst werden, darum wurde die Steuerfreiheit der Veräußerungsgewinne unter dem SPD-Finanzminister Hans Eichel eingeführt – gegen alle Proteste in der Arbeitsgruppe Finanzen der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion. Es war ein immenses Steuergeschenk auch für jene Private-Equity-Fonds, die Franz Müntefering später als Heuschrecken titulierte.

Liberalisierung und Deregulierung waren seit Jahrzehnten das Credo der Politik bis weit in die SPD hinein. Und nicht einmal das Platzen der New-Economy-Blase, vor dem KritikerInnen gewarnt hatten und dafür ausgelacht wurden, brachte sie zur Besinnung.

Doch jetzt, verkehrte Welt: Von Angela Merkel über Peer Steinbrück bis zu Guido Westerwelle – die ehemaligen Prediger der freien Märkte sprechen neuerdings, als wären sie Attac beigetreten. Sie verlangen mehr Transparenz und mehr Kontrolle der Finanzmärkte sowie Veränderungen bei den Gehältern von Managern und beklagen deren fehlende Haftung. Dabei war es doch die rot-grüne Bundesregierung, die es nach dem lautstarken Einspruch der Wirtschaftsverbände und dem Rat des Heinrich von Pierer, ehemals hoch angesehener Siemens-Chef, nicht wagte, einen Gesetzentwurf einzubringen, der eben diese Managerhaftung installieren sollte. Das Verdikt des damaligen SPD-Kanzlers schlug durch: »Ich kann keine Politik gegen die Wirtschaft machen.« Es war die Kapitulationserklärung der Politik gegenüber den Wirtschaftsverbänden.

## Was wirklich nötig wäre

Nun hören wir große Worte. Aber schon das Rettungspaket selbst ist verzagt (*Der Artikel erschien letztes Jahr im »Freitag«.* Deshalb nimmt er hier nur auf das erste Rettungspaket der Bundesregierung Bezug; die Red.). Wenn der Interbankenverkehr stockt, weil sich die Institute gegenseitig nicht trauen, muss man ihnen die Bürgschaft aufzwingen. Alle Banken sollten an die Kandare genommen werden. Die Bezüge aller Bankmanager müssen gekürzt werden und nicht nur jene der hilfs-

bedürftigen Institute unter gewissen Umständen. Die Teilverstaatlichung aller Banken muss sicherstellen, dass das Geld der SteuerzahlerInnen wieder zurück kommt.

Nein, das »Rettungspaket« ist kein erster Schritt, wie die Kanzlerin uns glauben machen will. Vielmehr steht zu befürchten, dass man die Finanzmärkte wieder gewähren lässt, falls das »Rettungspaket« zur Beruhigung führt.

Notwendig ist jetzt die sofortige Einführung einer Besteuerung aller Arten von Finanztransaktionen auf europäischer Ebene, um die Spekulation zu reduzieren und die Kurzfristorientierung der Finanzmärkte zu schwächen.

Ein von Attac schon lange geforderter Finanzmarkt-TÜV muss eingerichtet werden, der neue Finanzinstrumente standardisiert und prüft, bevor sie gehandelt werden dürfen. Das heißt auch, dass manche »Innovation« nicht eingeführt werden kann.

Das Schattenbankensystem aus Hedgefonds, Zweckgesellschaften und anderen unregulierten Finanzakteuren gehört verboten, Steueroasen müssen ausgetrocknet werden. Eine Sonderabgabe auf große Vermögen kann dafür sorgen, dass die Kosten der Krise nicht bei den SteuerzahlerInnen hängen bleiben.

## Die Politik ist gefragt

Die Deregulierung der Finanzmärkte und die Agenda-Politik der SPD haben zu einer massiven Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von den Löhnen zu den Kapitaleinkünften geführt. Dieser Reichtum wurde nur zum Teil investiert. Der Milliarden-Rest strömte auf den Finanzmarkt, wo er von Hedgefonds und Investmentbanken aufgesaugt wurde und nun

seinerseits mit seinen hohen Profiterwartungen die Realwirtschaft dominiert. Umgekehrt wäre es richtig: In der Produktionswirtschaft werden die Werte geschaffen, die Finanzmärkte müssen ihr dienen.

Dass vieles nur auf europäischer Ebene oder international geregelt werden kann, etwa im Rahmen eines neuen Bretton-Woods-Systems, darf nicht die längst möglichen nationalen Maßnahmen bremsen. Dazu müssen keineswegs nur die jetzt viel kritisierten Banker umdenken – vor allem die Politik ist gefragt.

### von Detlev von Larcher

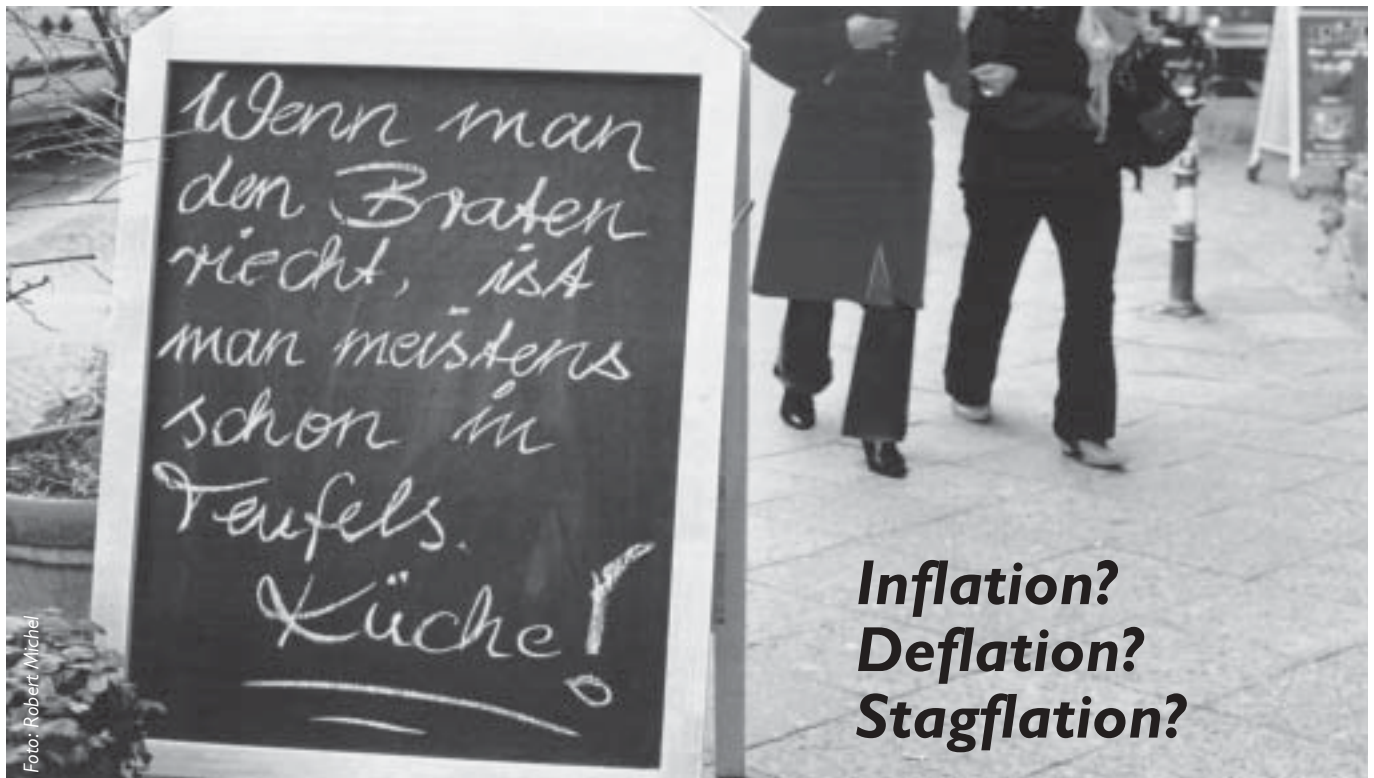
Von 1990 bis 2002 für die SPD im Bundestag, mittlerweile aus der SPD ausgeschlossen. Seit 2002 engagiert er sich bei Attac, wo er seit 2005 Mitglied im bundesweiten Koordinierungskreis ist. Siehe auch: [www.detlev-v-larcher.de](http://www.detlev-v-larcher.de)



Wir danken der Wochenzeitung »Freitag« für die Nachdruckgenehmigung. Siehe auch: [www.freitag.de](http://www.freitag.de)



Demo am 28. März in Frankfurt



## Alle Annahmen zur Krise sind unsicher – es darf spekuliert werden

Die Bundesregierung hat in der größten Krise des Kapitalismus ein äußerst schmalbrüstiges Konjunkturprogramm aufgelegt: 50 Milliarden Euro, gestreckt über zwei Jahre – für Ausgaben, von denen viele ohnehin schon ganz oben auf der politischen Agenda standen – werden angesichts der Dimension, in der die Wirtschaft einzubrechen droht, einen kaum wahrnehmbaren kompensatorischen Effekt haben.

Ganz anders in den USA. Dort wird versucht, mit gut einer Billion US-Dollar, also dem Vielfachen des deutschen Volumens, die Wirtschaft anzukurbeln. Ausgang auch völlig unklar. Geld in den Markt zu pumpen, ist nämlich gar nicht so einfach. Bei diesen Konjunkturpaketen weiß man nie, ob und in welchem Maße hierdurch nachhaltig weiterer Konsum und zusätzliche Investitionen angestoßen werden. Aber immerhin: Die Wahrscheinlichkeit, dass dies geschieht, ist relativ hoch.

### Eine Frage von Angebot und Nachfrage?

Anders ist es in der Geldmengenpolitik, die durch die Zentralbanken betrieben wird und deren zentrales Instrument die Veränderung des Leitzinses ist, des Zinssatzes also, zu dem sich die Geschäftsbanken bei der Zentralbank Geld ausleihen können. Deren Erfolg hängt davon ab, ob alle mitspielen. Es ist nämlich keinesfalls sicher, dass das Angebot auch angenommen wird, sich über niedrige Zinsen Geld

zu besorgen. Da viele davon ausgehen, dass zu investieren sich selbst dann nicht lohnt, wenn man das Geld umsonst zur Verfügung gestellt bekommt, nimmt man das Angebot nicht an. Und vor allem die Banken horten ihr Geld lieber bei der Zentralbank als es zu verleihen, weil sie ja doch – bei Strafe ihres Untergangs – mit wieder steigenden Zinsen rechnen (müssen). D. h. alle Bemühungen, die Geldmenge zu erhöhen, um damit die Nachfrage zu stimulieren, die dann ihrerseits positive Gewinnerwartungen entstehen lässt, um damit endlich die ersehnte Investition in Gang zu bringen, können fehlschlagen.

Dabei hatten unsere neo-liberalen VordenkerInnen es doch über Jahre gepredigt, dass sich jedes Angebot seine Nachfrage schafft. Also: Wenn Geld entsprechend billig ist, werden die Wirtschaftssubjekte schon zugreifen. Oder:

Wenn die Löhne nach unten flexibel sind, dürfte es gar keine Arbeitslosigkeit geben! Übersetzt für den Arbeitsmarkt wäre hierzu dann die zynische Schlussfolgerung: Wenn die Löhne durch das freie Spiel von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt unter die Reproduktionskosten der Arbeitskraft fallen, scheiden eben die überzähligen Arbeitskräfte qua Mangelernährung aus dem Markt aus. Dass diese Schlussfolgerungen nicht nur Kopfgeburten der ewigen KritikerInnen und NörglerInnen sind, sieht man spätestens, wenn man im globalen Zusammenhang seinen Blick auf die Lebensbedingungen der Millionen Dahinvegetierenden an den Rändern dieser Welt richtet.

#### Der kleine Unterschied

*Ben Bernanke, US-amerikanischer Zentralbankchef, sagt, er würde am liebsten Geld vom Hubschrauber aus gleichmäßig übers Land verteilen. Er hat nun im Cockpit Platz genommen. 1000 Milliarden werden jetzt verteilt, zwar nicht über das Anlaufen der Rotoren, aber der Gelddruckwalzen. Während es der Europäischen Zentralbank gesetzlich verboten ist, Staatsanleihen ihrer Mitgliedsländer zu kaufen, ist dem US-amerikanischen Pendant, der Fed, dies erlaubt. D. h. sie kann damit direkt dem Staat Haushaltsmittel zur Verfügung stellen. Eine Geldmengenerhöhung ist damit **sicher**.*

## Ist Inflation gut oder schlecht?

Aber zurück zur Geldmengenpolitik. Die Steuerung der Geldmenge über die Zentralbanken ist unsicher. Wenn dies allerdings kombiniert mit einer expansiven Ausgabenpolitik des Staates via Konjunkturprogramm funktionieren sollte, muss dies nach neoklassischer Lehrbuchannahme zu **Inflation** führen. Die Umlaufgeschwindigkeit einmal außer Acht gelassen (empirisch betrachtet ist diese auch eher konstant), muss es nämlich zu einer Inflation kommen, wenn der Menge der produzierten Waren und Dienstleistungen plötzlich eine größere Geldmenge gegenübersteht. Ist das nun gut oder schlecht? Das lässt sich nicht eindeutig beantworten. Da sind die unterschiedlichsten Interessen im Spiel. Für diejenigen, die Schulden haben, ist Inflation immer ein Gewinn, weil in aller Regel die Einkommen dann – selbst wenn dies unterproportional zur Inflationsrate geschieht – steigen. Es fällt ihnen somit leichter, ihre Schulden abzubezahlen. Die Kehrseite der Medaille: Alle GeldvermögensbesitzerInnen haben den Schaden. Sie kriegen weniger für ihr Geld, selbst wenn der Zins steigen sollte, da dieser in aller Regel ebenfalls nur unterproportional zur Preissteigerungsrate steigt.

## Verteilung der US-Schulden?

Aus staatlicher Sicht stellt sich das Ganze aber noch anders dar. Und hier drängt sich der Verdacht auf, dass sich die US-Amerikaner ein zweites Mal ihre gewaltigen Schulden von der übrigen Welt bezahlen lassen wollen. Das erste Mal geschah dies mit der Aufgabe der festen Wechselkurse. Das war 1973, mitten im Vietnamkrieg also. Die von 1944 im Rahmen des Bretton-Woods-Abkommens bis dahin gegebene Garantie der US-Amerikaner, jeden Dollar zu einem garantierten Wechselkurs einzutauschen, wurde aufgekündigt. Die Folge war, dass der Dollarkurs, bezogen bspw. auf die D-Mark, drastisch sank. Die Bundesrepublik konnte folglich mit den angesammelten Dollarreserven nur noch einen um diesen Anteil gesunkenen Gegenwert an Waren und Dienstleistungen realisieren. Da fast alle Länder zu dieser Zeit ihre Währungsreserven in Dollar hielten, gelang es den US-Amerikanern auf diese Weise, die Lasten des Vietnamkriegs auf alle westlichen Länder zu verteilen. (Der Ostblock hatte zu dieser Zeit quasi keinen Zugang zu den Märkten, da seine Währungen gar nicht konvertibel waren.) Die Wahrscheinlichkeit, dass sich dieses Spiel nun wiederholt, ist so gering nicht! Zwar haben wir keine festen Wechselkurse mehr, aber was damals schockartig passierte – im Übrigen in Kombination mit der Ölkrise –, ist heute durchaus auch prozesshaft denkbar.

Sollte das riesige US-Konjunkturpaket, mittels staatlicher Ausgaben die Nachfrage zu erhöhen, greifen, würden in den USA die Preise vergleichsweise stärker steigen als in den wichtigsten Handelspartnerländern. Dies führt zunächst einmal dazu, dass die Attraktivität US-amerikanischer Produkte sinken würde. D. h. es würden keine Dollars nachgefragt, um

diesbezügliche Rechnungen zu begleichen. Und auch die Geldanlage in Dollar dürfte bei diesem quasi schon Negativzins nicht attraktiv sein. D. h. spekulative Intermezzi, wie sie zurzeit schon wieder stattfinden (der Dollar ist gegenüber dem Euro zeitweilig ja gestiegen), sollten nicht davon ablenken, dass alle realen Größen dafür sprechen, dass der Dollarkurs langfristig – und zwar drastisch – sinken wird.

Damit wäre ein ähnlicher Effekt erzielt wie 1972: Das US-amerikanische Haushaltsdefizit, das sich ja ursächlich auf die Kriege im Irak und Afghanistan zurückführen lässt, wäre von all den Ländern bezahlt, die zurzeit hohe Devisenreserven in Dollar halten (s. Grafik).



Gegenüber dem letzten Jahr erfolgte bei den Chinesen eine nochmalige Zunahme um 20%.

Wird die Rechnung auf diese Weise beglichen, ist gleichzeitig die US-amerikanische Exportwirtschaft – unter der Annahme eben dieses drastisch gesunkenen Wechselkurses – gestärkt, weil man trotz gestiegener Preise nun US-amerikanische Waren qua hohem Kurs der eigenen Währung wieder günstiger kaufen kann.

## Ausgang nach wie vor ungewiss

Vorausgesetzt, dass sich ein solches Szenarium in seinen groben Linien mit den Auffassungen derjenigen, die in den US-amerikanischen Thinktanks den Ton angeben, decken sollte, dürften diese nur erfreut sein über das zögerliche Auftreten ihrer europäischen Partner. Wenn nämlich die Maßnahmen hierzulande nicht in der erhofften Weise greifen, ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass wir in eine **Deflation** geraten. Das geschieht, wenn die gesamtwirtschaftliche Nachfrage – sei es die von Privaten oder der Wirtschaft sowie die seitens des Staates – nicht ausreicht, das Angebot aufzunehmen. Dann sinken zwar die Preise, aber die sich daraus entwickelnde negative Gewinnerwartung löst keine Investitionen aus. Aufgrund steigender Arbeitslosigkeit wird dann die gesamtwirtschaftliche Lohnsumme geringer und



somit auch die Kaufkraft noch weiter sinken, was wiederum die Spirale sinkender Preise antreibt.

Wird das Ganze dann noch flankiert von einem sinkenden Dollarkurs, können wir uns zwar vielleicht schon bald mit der Rikscha durch New York ziehen lassen – vorausgesetzt wir gehören zu den Glücklichen, die noch über Einkommen verfügen –, die europäischen Waren sind dann aber auf jeden Fall im Dollar-Währungsraum für potenzielle AbnehmerInnen sehr teuer. Für die Exportnation Deutschland ist das nicht gut.

Oder uns erwischt eine **Stagflation**. Die oben angenommene Preisentwicklung aufgrund sinkender Nachfrage nach unten ist nämlich nicht zwangsläufig. Wenn aufgrund steigender Importpreise – man denke da an eine erneute Spekulationswelle auf den Rohstoffmärkten oder eine geschickte OPEC-Ölpreispolitik und die dann gestiegenen Kosten der Produktion – die Preise nicht sinken, sondern gar steigen, dann ist dies wohl für viele die denkbar schlechteste Alternative.

Bricht man das Ganze runter auf den erreichten Lohnabschluss, der für 24 Monate Gültigkeit haben soll, stünden

wir im Fall der Deflation – die gesamtwirtschaftlichen »Kosten« einmal außen vor gelassen – gar nicht so schlecht da, im Gegensatz zu einer Stagflation, während der der erzielte Einkommenszuwachs im Nu weggeschmolzen sein könnte. Aber ich gestehe, dass ich Probleme habe, das Ganze nur aus persönlicher Sicht zu betrachten. Letztendlich zahlen wir alle für die Krise, allerdings wie immer auf sehr unterschiedliche Weise.

Aber vielleicht kommt ja doch alles anders, als man denkt. Ausgeschlossen ist es nicht, dass das Ganze nur in einer kleinen Wachstumsdelle endet – allein der Umwelt tät's gut – und alle benannten Variablen sich auf magische Weise dergestalt zusammenfügen, dass das Ganze in einen Gleichgewichtszustand überführt wird. Aber magische Kräfte sind eher flüchtig und taugen deshalb wohl doch nicht dazu, alles dauerhaft zum Guten zu befördern.

**von Joachim Geffers**

*Diplom-Volkswirt, arbeitet als Lehrer in Hamburg mit behinderten und benachteiligten SchülerInnen. Redaktionsleiter der Hamburger Lehrerzeitung (hlz) - Mitgliederzeitung der GEW Hamburg.*



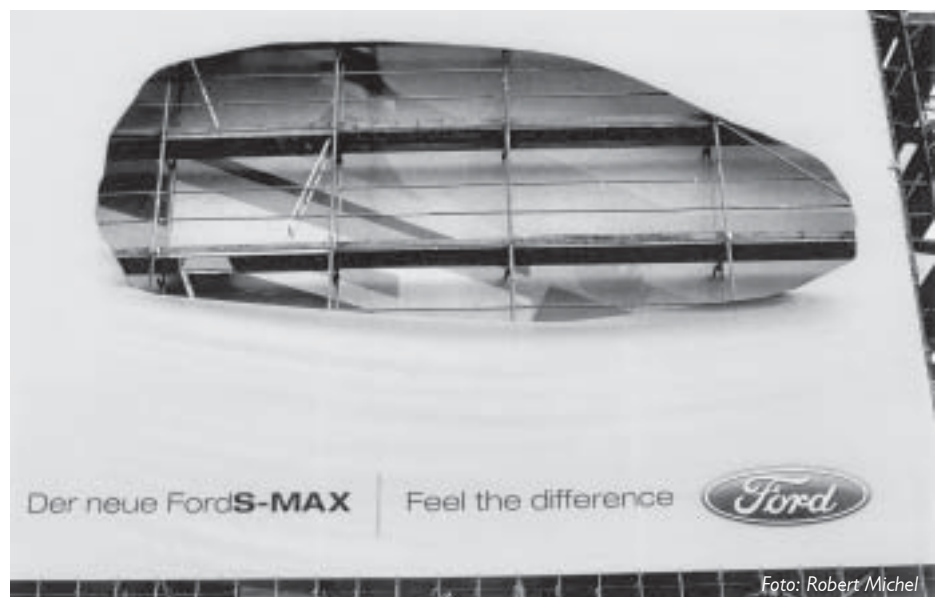
## Der Exportweltmeister als Krisenbeschleuniger

### Deutschland in der Weltwirtschaftskrise

Wie sind die kapitalistischen Metropolen in der Doppelkrise der Finanzmärkte und der Realwirtschaft gerüstet? Stehen diejenigen am besten da, die in der zurückliegenden Dekade die größten Kosteneinsparungen und Wettbewerbsfortschritte gemacht haben? Wenn ja, müsste Deutschland zu den Ländern mit der größten Krisenresistenz zu zählen sein, die erwarten können, später als einer der Sieger aus der großen Weltwirtschaftskrise des 21. Jahrhunderts hervorgehen zu können.

Die realwirtschaftliche Entwicklung sieht anders aus: Die Bundesbank rechnet in ihrer jüngsten Prognose mit einer Schrumpfung der Wertschöpfung in Deutschland im Jahr 2009 von »bis zu einem Prozent«. Das wäre der stärkste Einbruch in der Wirtschaftsgeschichte Deutschlands seit der Mitte des 20. Jahrhunderts (1993: - 0,8 %). Gemäß dem »Risikoszenario« der Institute (Gutachten vom Oktober 2008) bedeutet dies den beschleunigten Abbau von über einer halben Million Arbeitsplätze, der sich – aufgrund der verzögerten Reaktion des Arbeitsmarktes – in 2010 auf eine Million steigern könnte. Dabei dürfte die Bundesbankprognose den unteren Wendepunkt des Konjunkturzyklus noch gar nicht ausgeleuchtet haben.

Realwirtschaftlich erweist sich Deutschland als einer der gefährlichsten Krisenherde. Der Abschwung hierzulande ist tiefer als im Durchschnitt der Europäischen Union, zieht diese also herunter. Gleichzeitig ist die europäische Konjunktorentwicklung gegenwärtig schlechter als die der von der Immobilien- und Finanzmarktkrise gebeutelten USA. Mit den verstärkenden Abschwungprozessen korrespondiert eine negative Feedback-Schleife, wenn die realwirtschaftliche Krisenentwicklung zu einer zusätzlichen Anspannung der Kreditketten aufgrund weiterer Zahlungsausfälle führt und damit die Kreditklemme noch verstärkt.



## Stärke als Schwäche

Offenkundig erweisen sich vermeintliche Stärken der deutschen Nationalökonomie im Krisenprozess als Faktoren der Schwächung. Zu den immer wieder eingeforderten Stärken gehört eine wettbewerbsorientierte Lohnentwicklung. Durch überdurchschnittliche Lohnkostenentlastungen sei es – zumindest in der Europäischen Währungsunion – möglich, Wachstum auf Kosten der Nachbarn zu generieren.

In der Tat ist die bis zum Beginn der Krise erfolgte Abkoppelung der deutschen Lohnentwicklung beeindruckend. Während die Löhne und Gehälter in der Privatwirtschaft (also ohne öffentlichen Dienst und Sozialversicherungen) in den hochentwickelten Ländern der Europäischen Union (Dänemark, Schweden, Niederlande, Frankreich) im vergangenen Jahr um 4 bis 5 % wuchsen, lag die Zuwachsrate in Deutschland lediglich bei 1,2 % und damit weniger als halb so hoch wie im Euro-Raum (EWU) und der gesamten Europäischen Union (EU). »Damit setzt sich der langjährige Trend fort, dass sich die Arbeitskosten im privaten Sektor in Deutschland deutlich weniger stark erhöhen als die Arbeitskosten im europäischen Durchschnitt.« Das gilt auch für die Arbeitskostenentwicklung im verarbeitenden Gewerbe, das die zentralen Exportbranchen umfasst. Dort macht der Anstieg in Deutschland (1,4 %) knapp die Hälfte des Anstiegs in der EWU und deutlich weniger als die Hälfte in der EU aus – eine Entwicklung, die seit der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre der deutschen Industrie die Position des Exportweltmeisters (nach wie vor behauptet vor China) eingebracht hat. Und dies nicht nur durch die Lohnentwicklung in der Industrie selbst – die wie auch in der jüngsten Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie den gesamtwirtschaftlichen Verteilungsspielraum ausschöpft, aber eben nicht die hohe Produktivitätsentwicklung in der Branche.

## Billige Dienstleistung spart Kosten

Als äußerst wettbewerbsförderlich für die Exportindustrien erweist sich die unterdurchschnittliche Arbeitskostenentwicklung im privaten Dienstleistungssektor (wo Deutschland beim Vergleich der absoluten Größen nur einen Platz im unteren Mittelfeld einnimmt). Der Abstand bei den Arbeitskosten zwischen Industrie und Dienstleistungen macht rund ein Fünftel aus – ist also recht bedeutsam. In dem Maße, wie im Rahmen industrieller Restrukturierung Outsourcing zugenommen hat, sichert sich die Industrie Vorteile durch Zukauf kostengünstigerer Vorleistungen aus produktionsnahen Dienstleistungen. Die dadurch realisierten Kosteneinsparungen schätzt das IWH Halle auf gut 10 %. »Der Unterschied ist so groß, dass er für sich genommen eine erhebliche Verbesserung der Wettbewerbsposition der deutschen Industrie bewirkt.«

Und das ist nicht das Ende der Geschichte. Denn aussagekräftiger als die Entwicklungsverläufe der absoluten Lohnkosten sind die Lohnstückkosten. »Verglichen mit 1997

stagnieren die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten in Deutschland. In der Industrie mit ihren überdurchschnittlichen Produktivitätszuwachsen sind sie sogar um über 10 % gesunken« – Grundlage einer außerordentlich erfolgreichen Beggar-my-neighbour-policy in der EWU. Allein gegenüber wenigen Ländern außerhalb des Euro-Raums gilt das nicht – dort, wo abgewertet wurde: in einigen osteuropäischen Ländern sowie seit Mitte 2007 in Großbritannien. Hier zeigt sich der große Vorteil, den die Europäische Währungsunion für das deutsche Kapital hat – und zugleich die Widersprüchlichkeit, mit der der deutsche Wettbewerbskorporatismus eine auf gleichlaufende ökonomische Entwicklung basierende Integration auseinandersprengt.

Umso schärfer stellt sich die Ausgangsfrage: Warum beschleunigt der Wettbewerbsmotor in der Konjunkturkrise nicht den gesamten Akkumulationsprozess und lässt Deutschland nicht die Führungsrolle eines Konjunktur-ICE übernehmen?

Drei Gründe:

- Die Politik einer langjährigen relativen Lohnkostensenkung befördert zwar die preisliche Wettbewerbsfähigkeit auf den Exportmärkten, schwächt aber gleichzeitig die Binnennachfrage. »Im Vergleich zu Ländern mit höheren Lohnsteigerungen verzeichnete Deutschland daher seit Beginn der Währungsunion das geringste Wirtschaftswachstum.«
- Relative Lohnsenkung drückt das Preisniveau, was negativ zur Folge hat, dass die Realzinsen über dem europäischen Durchschnitt liegen und wachstumsdämpfend wirken.
- Die Strategie exportorientierten Wachstums entpuppt sich in einer globalen Krise als Krisenpfad: Während im Aufschwung die Nachfrage insbesondere nach Investitionsgütern stark ansteigt, bricht sie im Abschwung stärker als andere Nachfrageaggregate ein, worin sich der prozyklische Charakter der deutschen Exportstrategie zeigt.

Fazit: Eine wettbewerbsorientierte Verteilungspolitik in Deutschland hat das gesamtwirtschaftliche Wachstum per Saldo gebremst; »Länder mit vergleichbaren Arbeitskostenniveaus, aber höheren Zuwachsraten, sind in den vergangenen zehn Jahren deutlich stärker gewachsen als Deutschland.« In der »globalen Rezession im Zuge der Finanzkrise (erweisen sich) die niedrigen Lohnsteigerungen der vergangenen Jahre ... jetzt als Belastung, da sie Deutschland besonders abhängig von der weltwirtschaftlichen Entwicklung gemacht haben. Eine kräftigere Binnennachfrage, auf die es jetzt um so mehr ankäme, wurde dadurch verhindert.«

Alle Zitate sind dem IMK-Report der Hans-Böckler-Stiftung vom November 2008 entnommen.

**von Richard Detje**

Redakteur der Zeitschrift »Sozialismus«

Diesen und andere Texte zur ökonomischen Situation gibt es auf <http://www.wissentransfer.info/wissen/>



## Talfahrt mit der »Schuldenbremse«?

»Bildungsgipfel«, Konjunkturpakete und die Finanzierung öffentlicher Bildung

Kaum eine Sonntagsrede von ParlamentarierInnen verzichtet darauf, die Bedeutung von Bildung in unserer Gesellschaft hervorzuheben, und selten unterbleibt der Appell, in Bildung zu »investieren«, würde sich lohnen. Bei den Regierungen ist dieser Appell aber noch nicht angekommen, im Gegenteil: Wurden 1995 noch 6,9 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP) für Bildung verwendet, waren es 2006 nur noch 6,2 %. Selbst wenn man sich die Jahre seit dem medial gerne zur Schau getragenen »PISA-Schock« 2000 ansieht, stellt sich der Rückgang nicht weniger schroff dar; 2000 lagen die Ausgaben noch bei 6,7 %.

Für die Bildungsgewerkschaft ist es aber – nicht nur im materiellen Interesse ihrer BildungsarbeiterInnen – von zentraler Bedeutung, mehr Mittel für ihren Organisationsbereich einzufordern. Bessere Bildung liegt eben nicht nur im Interesse der kapitalistischen Ökonomie, sondern besonders auch – wenn auch unter anderem Vorzeichen – im Interesse der gesamten ArbeiterInnen-, Gewerkschafts- und aller sozialen Bewegungen. Gerade in Krisenzeiten! »Eine gute Bildung für alle ist möglich« hat der Hauptvorstand nicht zuletzt deshalb seinen Antrag zur Bildungsfinanzierung an den 26. Gewerkschaftstag der GEW überschrieben.

### Das Tal der Unterfinanzierung

War öffentliche Bildung schon seit den Siebzigerjahren unterfinanziert, so wurde sie ab Anfang der Neunziger erst recht »immer nur an den Grenzen der Finanzierbarkeit entlang«<sup>1</sup> diskutiert. Dies war dem Einzug neoliberaler Ide-

ologie in das »Land der Dichter und Denker« geschuldet und den Kosten der Wiedervereinigung. Heftigkeit und Häufigkeit von Sparorgien nahmen mit dem Regierungswechsel zu Rot-Grün noch einmal enorm zu. Die oppositionellen RuferInnen in der außerparlamentarischen Wüste mit ihrem »Geld ist genug da!« wurden als außerirdische TräumerInnen links liegen gelassen. TINA hieß die Parole – »There Is No Alternative« – und zwar so lange, bis eintrat, was für die einen die »best dokumentierte Entwicklung einer Krise« ist, während es die anderen als »nicht vorherzusehen« vom Hocker riss. War die letzte Krise 2001 »mit einer wahren Explosion von Krediten gelöscht« worden, zeigte sich spätestens seit September 2007: »Die daraus entstandenen Ansprüche auf Zins und Tilgung übersteigen bei weitem die Möglichkeiten der kapitalistischen Weltwirtschaft«. Obwohl Regierungsverantwortliche für Wirtschaft und Finanzen noch im Sommer 2008 keinerlei Ungemach auf die bundesdeutsche Wirtschaft zukommen sahen und prophezeiten, der Aufschwung werde nun auch unten ankommen, musste die Bundeskanzlerin in ihrer Silvesteransprache die größte Krise seit Bestehen der BRD eingestehen. Die Wirtschaft befand sich bereits voll im Abschwung. Nach Merkels Worten hat das »Verlieren von Maß und Ziel mancher Manager ... die Welt in diese Krise geführt.«<sup>2</sup>

### Herrliche Gipfel, schwindelnde Höhen ...

Ehe sich die staunenden KritikerInnen des neoliberalen Zeitgeistes versahen, nahmen Regierung und Parlament zur

<sup>1</sup> Wernstedt in: Klaus Klemm: Bildungsausgaben im föderalen System. Zur Umsetzung der Beschlüsse des Bildungsgipfels. Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, März 2009

<sup>2</sup> Alle Zitate aus: Rainer Roth: Finanz- und Wirtschaftskrise: SIE kriegen den Karren nicht flott ... Anmerkungen zu Ursachen und »Lösungen« der Finanz- und Wirtschaftskrise. Frankfurt (M.), März 2009

Rettung von »systemrelevanten« Finanz- und Kreditinstitutionen Geldbeträge aus öffentlichen Kassen in die Hand, an deren Größenordnung selbst jene »Träumer links von TINA« nie zu denken gewagt hatten.<sup>3</sup> Die Zeichen standen gar nicht schlecht, dass auf diesem Weg auch die Unterfinanzierung öffentlicher Bildung ein Ende findet. Hatte doch Bundeskanzlerin Merkel ein halbes Jahr vorher anlässlich des 60. Geburtstages der sogenannten »Sozialen Marktwirtschaft« die BRD verbal schon in eine »Bildungsrepublik Deutschland« transformiert und für den Herbst 2008 einen »Bildungsgipfel« in Aussicht gestellt. Der tagte dann auch am 22. Oktober in Dresden – ganze drei Stunden. Dies veranlasste Ulrich Thöne, den Vorsitzenden der GEW, zur Feststellung: »Angela Merkels »Bildungsrepublik« hat sich leider als Seifenblase erwiesen und ist zerplatzt. Wir hatten uns von dem Gipfel mehr erhofft als eine Arbeitsgruppe, die bis nach den Bundestagswahlen 2009 tagt, bevor sie Vorschläge macht. Unser Bildungswesen braucht schnell massive Investitionen von Bund und Ländern – und keine vagen Finanzversprechen für das Jahr 2015. Konkret bleibt, dass die Bundesländer nicht einmal zusagen wollen, wegen sinkender Schülerzahlen frei werdende Mittel ausschließlich im Bildungswesen zu belassen. Unter dem Strich ist das ein Freibrief für weitere Kürzungen der Bildungsetats. Da helfen lose Versprechungen auf ein angebliches Milliardenpaket in ferner Zukunft nicht weiter.«<sup>4</sup>

### **... und wir lächelten und waren froh ... und es kam schlimmer**

Trotzdem: Der Bildungsgipfel im Herbst 2008 hatte als Ziel ausgegeben, 10 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Bildung und Wissenschaft bereitzustellen (7 % für die Bildung, 3 % für die Forschung).<sup>5</sup> Das hätte uns doch ein frohes Lächeln ins Gesicht zaubern können – aber dann kamen im Februar 2009 die Vereinbarungen der Föderalismuskommission II (Föderalismus II). Und damit kam es dick: Das in Aussicht gestellte 50 Mrd. Euro umfassende Konjunkturpaket II soll so geschnürt werden, dass für den Bund ab 2011 und für die Länder ab 2020 Verschuldungsverbote der Haushalte festgeschrieben werden. Durch eine Änderung des Art. 115 GG sollen die bisher vorgesehenen, ökonomisch begründeten Schuldenregeln aufgehoben werden. »Diese Schuldenbremse beim Bund sowie die Nullver-

<sup>3</sup> »Nun haben seit der Finanzkrise die Grenzen der Finanzierbarkeit durch öffentliche Haushalte ganz andere Dimensionen erreicht. Wir haben uns daran gewöhnen müssen, dass der Staat mit Summen operiert, die man sich vor Kurzem noch gar nicht vorstellen konnte. Die Stützungsaktionen und sog. Rettungsschirme für Banken wie Hypo Real Estate, Bayerische Landesbank oder HSH sind offenbar notwendig.« (Wernstedt, ebd.)

<sup>4</sup> GEW: »Gipfel beschließt Freibrief für weitere Kürzungen im Bildungswesen«, Presseerklärung, Frankfurt (M.), 23.10.2009

<sup>5</sup> Der Bildungsforscher Klaus Klemm hat auf dieser Basis auch im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung Ende März 2009 eine Studie vorgelegt, die schon mal aufzeigt, was man sich im öffentlichen Bildungssektor damit alles leisten kann. Lassen wir einmal die nicht unerhebliche Diskrepanz zwischen dem Unterschied von 6,2 Prozent, die er vom Statistischen Bundesamt als gegenwärtigen öffentlichen Bildungsanteil übernimmt, und den von der OECD angegebenen 5,1 Prozent, die von der GEW als Ausgangsgröße zu den 7 Prozent angenommen werden, kurz beiseite.

schuldung bei den Ländern sind ökonomisch und fiskalisch unsinnig und schädlich. Sie sind Ausdruck des unveränderten neoliberalen Marktfundamentalismus ...«<sup>6</sup>, stellt die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik in ihrem diesjährigen Memorandum fest. Sie zeigt zwei prinzipielle Auswirkungen auf: »Erstens werden Bund und Länder künftig nur noch sehr beschränkt schuldenfinanzierte Konjunkturprogramme einsetzen können. ... Zweitens würde politisch verhindert, dass Deutschland seinen großen und weiter zunehmenden Rückstand bei den öffentlichen Investitionen in die Infrastruktur ... jemals aufholt ... Im Namen der Schuldenfreiheit wird die Zukunft künftiger Generationen aufs Spiel gesetzt.«<sup>6</sup>

Wie Guntas Catlaks von der Bildungsinternationalen (EI) in Brüssel auf der jüngsten Klausur der AG Bildungsfinanzierung in Bonn berichtete, reagieren weltweit etliche Staaten mit Kürzungen des Bildungsbudgets auf die Krise. Als Folge tauchen wiederum vermehrt Public-Private-Partnership-Projekte auf, d. h. Teilprivatisierungen öffentlicher Aufgaben. Vor diesem Hintergrund ist auch ein Gemeinschaftsprojekt »Lernen vor Ort« von Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und einem Stiftungsverbund (Geschäftsleitung: »Bertelsmann« W. Lohre), zu sehen. Als »Sozialpartner« dieses Projektes soll übrigens der DGB in einer Jury mitentscheiden, welcher Kommune ein Förderbetrag – womöglich für ein PPP-Projekt – aus dem Topf von 60 Millionen Euro zugeschlagen werden soll.

### **Zukunft in unbegrenzter Staatsverschuldung?**

In seinen Überlegungen zu Ursachen und »Lösungen« der Finanz- und Wirtschaftskrise kritisiert Rainer Roth, ehemaliger Professor für Sozialwissenschaften an der Fachhochschule Frankfurt (M.), die wiederbelebte keynesianische These vom antizyklischen Schuldenmachen als »verzögerte Abwälzung der Krise auf die breite Masse«.<sup>7</sup>

Die Auflagen, die Kreditgeber heute bereits anderen Staaten machen, lassen vermuten, dass Arbeitszeitverlängerung, Lohnsenkungen, Abbau von Renten und Leistungen der Krankenversicherungen sowie Gewinnsteuersenkungen drohen, damit Staatschulden getilgt werden können – die gleichen Grausamkeiten also, die uns die »Schuldenbremse« mit ihrer schon jetzt geforderten »strikten Haushaltsüberwachung« bescheren wird. Rainer Roth brandmarkt die »Schuldenbremse« als Regelung, die der Sicherheit der Gläubiger des Staates Vorrang vor der Möglichkeit verschaffen will, mit finanziellen Mitteln den »sozialen Frieden« aufrechtzuerhalten.

Zeigt sich denn aus der Unterfinanzierung öffentlicher Daseinsvorsorge, zu der ja der öffentliche Bildungsbereich zählt, gar kein Ausweg?

<sup>6</sup> Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: MEMORANDUM 2009. Von der Krise in den Absturz? Stabilisierung, Umbau, Demokratisierung Kurzfassung, Bremen, März 2009

<sup>7</sup> Rainer Roth, a.a.O.

## Soziale Forderungen – es geht kein Weg daran vorbei!

Einerseits muss es im Hinblick auf dieses Krisensystem darum gehen, den Finanzinstituten die Möglichkeiten zu nehmen, die gesellschaftlich erarbeiteten Werte auf den Finanzmärkten zu verzocken. Nur so lässt sich vorbeugend für die abhängig Beschäftigten die Zeche klein halten, mit der sie »Vater Staat« nach der Rettung seiner »verlorenen Töchter«, der Banken, konfrontieren wird. Andererseits müssen die abhängig Beschäftigten gerade in der gegenwärtigen Krise ihren sozialen Forderungen noch mehr Nachdruck verleihen, auch wenn der »soziale Friede« dabei etwas mehr in Bewegung geraten sollte als bei den Demos gegen die Krisenfolgen am 28. März und demnächst am 16. Mai.

Der Antrag zur Bildungsfinanzierung an den Gewerkschaftstag der GEW mit der Zielmarke, 7 % des BIP für öffentliche Bildung einzufordern und auszugeben, stellt eine

solche soziale Hauptforderung dar – neben seinen Hinweisen auf Mindestlöhne und Arbeitszeitverkürzung.

»Schuldenbremse« hin – »Bildung als Investition« her: Die GEW ist gut beraten, den Druck zu verstärken um die Unterfinanzierung öffentlicher Bildung zu beenden. Wenig hilfreich scheinen mir dabei die Vorschläge von Klaus Klemm, der in seiner neuesten Studie<sup>1</sup> weiterhin in den von der Sozialdemokratie gezogenen »Grenzen der Finanzierbarkeit« gefangen bleibt. 7 % bedeuten für uns 43 Mrd. Euro plus, auch und gerade in der Krise. Geld ist genug da, wie uns deutlich vor Augen geführt wurde. Wenn es sich »nur« in den Händen des Kapitals befindet, dann muss eben das Kapital zahlen.

Eine gute Bildung für alle ist möglich!

**von Reinhard Frankl**

Mitglied des GEW-Landesvorstandes Bayern,  
Sprecher der AG Bildungsfinanzierung  
beim GEW-Hauptvorstand



## In welcher Gesellschaft leben wir?

Wir befinden uns erst am Beginn der tiefsten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit. Diese Krise ist das Ergebnis einer Politik, die uns weismachen wollte, dass Wachstum und Beschäftigung durch massive Umverteilung von unten nach oben erzeugt wird. Eine Politik, die Deregulierung zugunsten eines uneingeschränkten Kapitalverkehrs auf ihre Fahnen geschrieben hat. Eine Politik, die die Steuern auf Gewinne und Vermögen fortwährend gesenkt hat – teilweise auf Null. Eine Politik, die die Gewinne der Banken beim Verkauf ihrer Industriebeteiligungen steuerfrei stellte und Hedgefonds zur Jagd nach immer höheren Renditen einlud.

Diese Politik hatte Namen und Gesichter. Hatte! Denn heute will es keiner gewesen sein. Insbesondere niemand aus der amtierenden Bundesregierung, niemand aus den diese Regierung tragenden Parteien. Gleichsam über Nacht wurden aus eingefleischten Neoliberalen KämpferInnen für

eine strikte Regulierung der Kapitalmärkte, für lückenlose Bankenaufsicht, für Transparenz, für die Begrenzung exzessiver Managergehälter.

Nun sind wir die Letzten, die Lernfortschritte nicht anerkennen würden. Denn sozialer und politischer Fortschritt ist an Erkenntnisgewinn, an Aufklärung gebunden. Wo jedoch Gedächtnisschwund herrscht, kann es keinen Fortschritt geben. Eine politische Elite, die »vergessen« hat, was für sie noch vor eineinhalb Jahren die Leitbilder ihrer Staatskunst waren, hat ebenso viel Vertrauen verspielt, wie Banken, die auf Haufen giftiger Papiere sitzen.

Wir dürfen der Bundesregierung ihren politischen Gedächtnisschwund nicht durchgehen lassen. Denn Geschichtsvergessenheit ist eines der Strukturmerkmale neoliberalen Denkens. Ohne Aufklärung über eine Politik, die den Weg in die neue Weltwirtschaftskrise mit geebnet hat, wird es keinen belastbaren Ausweg aus der Krise geben.

## **Kein Vertrauen in dieses System!**

Diese Krise ist mehr als eine Wirtschaftskrise. Es handelt sich um eine Systemkrise – eine Krise des Finanzmarktkapitalismus. Ein System, in dem astronomisch hohe Vermögen angeeignet wurden, indem die eigentlichen ProduzentInnen ihres gesellschaftlichen Reichtums enteignet werden. Ein System, in dem Armut trotz Arbeit von zunehmend mehr Menschen Besitz ergreift. Ein System, das Menschen in die Verschuldung treibt, die nun die Kredite für ihre Häuser und Wohnungen, in den USA die Kredite für die privatisierte Ausbildung der Kinder oder für die Gesundheitspolizisten nicht mehr zurückzahlen können. Ein System, das dem Sozialstaat den Krieg erklärt hat und den autoritären, überwachenden, strafenden Staat – nicht zuletzt gegen die sozialen Opfer dieses Regimes – aufrüstet.

Wen wundert, dass sich hinter diesem Staat Unternehmen aufstellen, die ihre Belegschaften bespitzeln, rastern, filmen und aushorchen – darunter die Bahn, ein immer noch mehrheitlich in öffentlichem Besitz befindlicher Konzern, der aber wegen des geplanten Börsengangs privatkapitalistisch aufgestellt ist. Das ist Verhöhnung von Demokratie und Menschenrechten – das ist kriminell.

Angela Merkel hat am 8. Januar auf einer Konferenz in Paris gemeinsam mit Frankreichs Staatspräsident Sarkozy erklärt, dass das Ziel der deutschen Bundesregierung darin besteht, »Vertrauen« in die »Marktwirtschaft« wiederherzustellen. Es war jedoch gerade das »Vertrauen« in die Funktionsweise deregulierter Finanzmärkte, das »Vertrauen« in die Überlegenheit kapitalmarktbasierter Rentensysteme und das »Vertrauen« in die Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge, das in der politischen Klasse für kollektive Blindheit gegenüber den wachsenden systemischen Gefahren des Finanzmarktkapitalismus gesorgt hat. Wer dem System des Shareholder-Value in den Betrieben und dem System der entgrenzten Marktsteuerung in immer mehr Lebensbereichen »vertraut«, der hat verloren.

Wir müssen in den Organisationen, Verbänden, Initiativen und Bewegungen der Zivilgesellschaft für breite Bündnisse für sozialen Fortschritt werben, die dem Regime der Vermögensbesitzer das Wasser abgraben.

## **Politik, die wir uns nicht mehr leisten können**

Auf dem diesjährigen Weltwirtschaftsforum in Davos hat die Bundeskanzlerin eine »Charta des nachhaltigen Wirtschaftens« gefordert. Eine Charta, die Armutsbekämpfung und einen schonenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen auf die Tagesordnung setzt, gibt es längst – in mehrfacher Ausfertigung. Das Problem sind politische Blockaden – sei es bei der Kyoto-Nachfolgerunde oder bei der Doha-Runde. Das Problem ist, dass für Kriege – an der Spitze die im Irak und in Afghanistan – weltweit weiterhin enorme Summen ausgegeben werden. Jeder SIPRI-Bericht veröffentlicht neue Rekorde im globalen Militär- und Waffenhandel, während für Programme zur Bekämpfung des glo-

balen Hungers kaum Gelder zur Verfügung gestellt werden.

Ebenso groß ist die Kluft zwischen politischen Proklamationen und einer zerstörerischen Realität im Umgang mit dem Klimawandel. Es ist politische Verballhornung, wenn jedem Substantiv das Adjektiv »nachhaltig« vorangestellt wird – um anschließend in Fragen der Abgaswerte oder der Schadstoffemissionen von Kohlekraftwerken und Chemieunternehmen beinharte Standortpolitik zu betreiben.

Wir sind diese zunehmend zynische Verlautbarungspolitik nicht nur leid – wir leben in einer zugespitzten Situation, in der wir sie uns auch nicht länger leisten können.

## **Heraus aus der Zuschauerdemokratie!**

Die etablierte politische Elite ist keineswegs bereit, alternative wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungspfade als Konsequenz aus der Krise einzuschlagen, also z. B. eine umfassende Demokratisierung der Betriebe und Unternehmen bis hin zur Wirtschaftsdemokratie. Im Gegenteil. Die politische Realität nicht nur in dieser Republik ist durch Demokratieentleerung gekennzeichnet.

Formell leben wir in einem demokratischen parlamentarischen Rechtsstaat, der auf Gewaltenteilung unabhängiger Institutionen fußt. Tatsächlich aber wird der demokratische Gehalt dieser Institutionen immer fragwürdiger.

Nur wenige Beispiele: Wer kontrolliert die Vergabe der 480 Mrd. Euro aus dem Finanzmarktstabilisierungsfonds? Die Abgeordneten des deutschen Bundestages jedenfalls nicht. Wer hat die Bundesregierung kontrolliert, als es um die Bewilligung der Nutzung von Militärbasen der USA auf deutschem Boden während des Irakkrieges ging oder um Überflugrechte von CIA-Maschinen mit geheimen, rechtswidrigen Gefangenentransporten? Wir wissen es bis heute nicht. Und: Wie heißt noch jener SPD-Spitzenpolitiker, der es sich verbat, beständig an seine Versprechen im Wahlkampf erinnert zu werden?

Jede Landtagswahl zeigt – zuletzt die in Hessen –, dass sich diese Republik immer mehr zu einer Zuschauerdemokratie entwickelt, in der der »Zuschauer« durchaus rational handelt, wenn er den Wahlkampfslogans nicht mehr traut und dem Urnengang fernbleibt. Dennoch: Wir können uns diese Art politischer »Rationalität« nicht erlauben. Nicht nur, weil sie nichts ändert. Sondern weil sie die Verhältnisse verschlechtert. Aus einem simplen Grund: Gerade die deutsche Geschichte hat mehrfach gezeigt, wie zerstörerisch rechte Auswege aus einer tiefen Systemkrise sind. Dieser Gefahr muss vorgebeugt werden.

Das heißt: heraus aus der Zuschauerdemokratie! Soziale Auswege aus der Krise erfordern Beteiligung, Engagement, Mobilisierung – erfordern öffentliche Präsenz, Kämpfe um Deutungshoheit und Streit für alternative Entwicklungspfade.

**von Horst Schmitthenner**

Leiter des Verbindungsbüros Soziale Bewegungen  
der IG Metall





28. März 2009 in Frankfurt

Der Platz auf dem Frankfurter Römer, an dem am 28. März die Abschlusskundgebung für die TeilnehmerInnen aus dem Süden der Republik zum Aktionstag »Wir zahlen nicht für eure Krise« stattfand, war viel zu klein, um alle DemonstrantInnen aufnehmen

zu können. Trotz des Ausweichens in die vom Römer abgehenden Straßen standen die Menschen auf dem Platz so dicht, dass es nicht gelungen ist, alle GEW-KollegInnen in Bayern zu finden und im Bild festzuhalten. Es war einfach kein Durchkommen.

Deshalb hier nur einige wenige derer, die im Getümmel gesichtet werden konnten – die Nürnberger und alle anderen, von denen wir gehört haben, sie wären auf dem Platz, mögen es verzeihen.



GEW-Kollege mit Tarnung



## Die GEW Bayern ruft ihre Mitglieder auf, sich an der großen Demonstration am 16. Mai 2009 in Berlin zu beteiligen.

Die Berliner Demonstration ist in die Aktionstage des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) eingebettet, die vom EGB-Lenkungsausschuss am 5. Februar beschlossen wurden und vom 14. bis zum 16. Mai in verschiedenen europäischen Städten stattfinden. Mit den Demonstrationen soll ein starkes Signal dafür gegeben werden, dass die Finanzkrise nicht auf Kosten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Europa bewältigt werden kann. Es bedarf einer wirklich europäischen Krisenbewältigung ohne nationalen Protektionismus sowie einer Regulierung der Finanzmärkte. Die sozialen Grundrechte müssen Vorrang vor den Binnenmarktrechten haben. Jetzt muss es darum gehen, das europäische Sozialmodell in der Krise zu stärken. Dabei muss auch das Prinzip »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort« durchgesetzt werden.

Die Fahrt nach Berlin wird von den DGB-Regionen organisiert. GEW-KollegInnen mögen sich bitte an ihre jeweiligen DGB-Gliederungen wenden.



### SIE kriegen den Karren nicht flott ...

Rainer Roth hat eine Woche vor dem 28. März 2009 und damit pünktlich zum bundesweiten Aktionstag unter dem Motto »Wir zahlen nicht für eure Krise« eine Broschüre vorgelegt, die zwar nicht den Anspruch einer umfassenden, ausgereiften Analyse erhebt, aber einige Anregungen geben will. Sie hat ihren Schwerpunkt in der Analyse der Finanzkrise. Ihr Ziel ist der Nachweis, dass die auf Kapitalverwertung gegründeten Eigentums- und Produktionsverhältnisse die wichtigste Ursache der gegenwärtigen Krise sind, nicht mensch-

liche Gier, nicht eine falsche Politik und auch nicht eine falsche Verteilung. Mit einer unverschämten Selbstverständlichkeit nehmen Banken und Konzerne gesellschaftliche Mittel in Anspruch, um weiterhin privat mit Finanz- und auch Produktionsmitteln als Kapital spekulieren zu können. Dem dienen auch die aktuellen Verstaatlichungen und die Vermehrung der Staatsschulden. Wenn die abhängig Beschäftigten nicht für die Misere der Verwertung des Kapitals haftbar gemacht werden wollen, sind sie gezwungen, ihre ökonomischen

Interessen denen des Kapitals entgegenzustellen und gegen die Abwälzung der Krise auf ihren Rücken zu kämpfen.

Rainer Roth:  
SIE kriegen den Karren nicht flott ... Anmerkungen zu Ursachen und »Lösungen« der Finanz- und Wirtschaftskrise. Frankfurt (M.), März 2009.

Für drei Euro plus Porto zu bestellen über [www.klartext-info.de](http://www.klartext-info.de)

**»Nicht dasjenige Land ist verhältnismäßig vorzüglich mächtig und glücklich, das viele sehr reiche Individuen hat, sondern dasjenige, dessen allgemeiner Wohlstand des Reichtums der Einzelnen entbehren kann.«**

**(Johann Gottfried Seume, 1763-1810)**

Johann Gottfried Seume gehört schon lange zu meinen Lieblingschriftstellern, doch erst nach meinem Eintritt in den sogenannten Ruhestand lernte ich ihn richtig kennen. Ungezählte Stunden meines Zeitgewinns habe ich damit verbracht, möglichst viel über diesen wohl berühmtesten Wanderer der deutschen Literaturgeschichte herauszukriegen. Ich las von ihm und über ihn alles, was ich mir beschaffen konnte. Als Spaziergänger von frühester Jugend an war ich begeistert von seiner Wanderleidenschaft, seinem auch für seine Zeitgenossen ungewöhnlichen Bewegungsdrang. Seinen »Spaziergang nach Syrakus« habe ich zweimal ganz und viele Male in Ausschnitten gelesen. Ich fand in Seume eine Person, »die die Welt sieht, ... wie der Leser sie selbst mit mehr Freuden sehen würde, oder noch wichtiger, die den Lügenschleier vor den Augen zerreißt, den man allein nicht zerreißen kann« (Sten Nadolny). Und ich fand mich als Leser in Seumes Sprache wieder, einer Sprache, »die zu mir passt«.

Eine noch tiefere Einsicht in das Leben und Wirken dieses aufrechten Mannes gewann ich durch die neueste Biografie über ihn. Geschrieben hat sie der Leipziger Kulturhistoriker Eberhard Zänker. Seume war ein bedeutender Dichter, dem viele sprachliche Kunstwerke gelangen, die auch heute noch lesenswert sind. Er war persönlich bekannt mit Goethe, Schiller, Herder und anderen berühmten Geistesgrößen seiner Zeit. Eine enge Freundschaft verband ihn mit Gleim und Wieland. Beide halfen ihm auch aus der Klemme, wenn er Geldsorgen hatte, wobei Seume immer peinlichst darauf bedacht war, jede ihm zur Verfügung gestellte Summe auf Heller und Pfennig zurückzuzahlen.

Die eigentliche Entdeckung war für mich Seumes außergewöhnliches Format als politischer Schriftsteller – und seine Aktualität. Schon in seinen »Spaziergang« sind zahlreiche sozialpolitische Kommentare und historische Betrachtungen eingeflochten. Seume empört sich über die schlechten Lebensverhältnisse der Menschen in den Dör-



fern, die er durchwandert, und macht für die entwürdigende Lage der oft noch als Leibeigene arbeitenden Leute die jeweiligen Grundherren verantwortlich. Damit klingt sein politisches Generalthema an: Der Adel in vielen europäischen Ländern verhindert als herrschender Stand im Kleinen wie im Großen den Fortschritt der Völker zu mehr Freiheit und sozialer Gerechtigkeit.

Das ist aber keineswegs das Resentiment des Bauernsohnes Seume aus dem kleinen Grimma, der es schließlich zum Offizier in russischen Diensten und zum Professor für Philosophie in Leipzig bringt. So verdankt er zum Beispiel seinen gesellschaftlichen Aufstieg der persönlichen Förderung

durch den Grafen von Hohental. Er zählt den Freiherrn Heino von Münchhausen zu seinen echten Freunden. Er bringt der in Weimar lebenden Herzoginmutter Anna Amalia aufrichtige Verehrung entgegen und ist geschätzter Gast der russischen Großfürstin Maria Fjedorowna in Petersburg. Seinen Landesherrn, den Kurfürsten Friedrich August III. von Sachsen, nennt er sogar einen der »gerechtesten und liberalsten Männer von Europa«. Für Seume kommt immer erst die einzelne Person und dann ihre gesellschaftliche Zugehörigkeit. Doch seine Erfahrungen lehren ihn, dass der Adel in seiner Gesamtheit aufgrund seiner un-

gerechtfertigten Privilegien, z. B. der Steuerfreiheit auf Grundbesitz, nicht das allgemeine, sondern in erster Linie das eigene Wohl vor Augen hat. Er schreibt: »Kann man sich einen größeren Widersinn denken, als daß bei Nationalkrisen ... gerade diejenigen Besitzungen, welche die meiste Kraft haben, keine Last tragen sollen?«

Heute gibt bei uns ein anderer »Adel« den Ton an, die sogenannte Finanz- und Wirtschaftselite, die aufgrund ihrer »Besitzungen«, der Großbanken und Konzerne, so gut wie keine Steuern zahlt. Es ist nicht schwer sich vorzustellen, wie Seumes Urteil über diese »Aristokratie« und ihr Gebaren in der gegenwärtigen »Nationalkrise« ausfiel. Adel, abgeleitet von »edel«, hat der »Verfassungspatriot« Seume (so würden wir ihn heute nennen) in seiner

## **Der Zeitgewinn**



Vorrede zu »Mein Sommer 1805« so definiert: »Nur der ist der Edelste, der das meiste für das Vaterland tut und das wenigste dafür genießt.«

Seume ist von den Gedanken der Aufklärung ebenso durchdrungen wie von den Idealen der Französischen Revolution. Allerdings verabscheut er die Gräueltaten der Revolution und verurteilt die Schandtaten mit Nachdruck. Dennoch heißt es in den »Apokryphen«: »Die Französische Revolution wird in der Weltgeschichte das Verdienst haben, zuerst Grundsätze der Vernunft in das öffentliche Staatsrecht getragen zu haben ... Ich kenne in der Geschichte noch keine Republik im bessern Sinne. Die Franzosen hatten eine Zeit den Anschein eine zu werden. Es ist ein göttlicher Versuch vielleicht auf Jahrtausende verunglückt.«

In Napoleon sieht Seume den eigentlichen Verursacher dieses historischen Desasters. »Erst haben ihn die Verhältnisse gemacht; nun macht er die Verhältnisse.« Damit trifft Seume den Kern: Die Franzosen wählten Napoleon zum Kaiser, der im Inneren zwar den »Code civil«, (später »Code Napoléon«) einführt, aber ansonsten die feudalen Strukturen weitgehend erneuert. Und Napoleons hemmungslose Eroberungs- und Unterdrückungspolitik bestärkt den hellseherischen Aufklärer in seiner Ansicht, dass die »geheime Geschichte der sogenannten Großen leider meistens ein Gewebe von Niederträchtigkeiten und Schandtaten« sei. Freilich gebe es »Ausnahmen«. Zu ihnen zählt er

den römischen Sklavenanführer Spartakus, der ihm als ein »Schulmeister des Menschenverstandes« erscheint.

Seumes Urteil hat sich in den letzten 200 Jahren auf grausame Weise mehrfach bestätigt. Und seine Forderung nach sozialer Gerechtigkeit ist aktuell wie eh und je. Ein guter Beweis findet sich bei Hans-Ulrich Wehler, dem inzwischen emeritierten Professor für Allgemeine Geschichte in Bielefeld. Im 5. Band seiner »Deutschen Gesellschaftsgeschichte« hält er als ein wichtiges Ergebnis der empirischen Sozialforschung fest, dass die Strukturen der sozialen Ungleichheit in der deutschen Gesellschaft bis heute unvermindert andauern und damit die Lebenschancen der Menschen »unerbittlich« bestimmen.

Am 13. Juni 2010 jährt sich Seumes Todestag zum 200. Mal. Dann wird Gelegenheit sein, an sein hartes Schicksal zu erinnern. Bis dann also, Johann Gottfried Seume!

**von Hannes Henjes**

Mitglied der DDS-Redaktion  
E-Mail: hannes.henjes@gmx.de



Zum Lesen und Nachschlagen:

Eberhard Zänker: *Johann Gottfried Seume. Eine Biographie*, Leipzig 2005  
Sten Nadolny: *Das Erzählen und die guten Ideen*, Piper TB, München 2001

Hans-Ulrich Wehler: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1949-1990*, Band 5, Beck, München 2008

Eine ehemalige Schülerin unseres Kollegen Hannes Henjes hat ein Buch über seine ehemaligen Schule geschrieben:  
Christina Prauss: *Eine Schule der Frauen. Aufstieg, Fall und Neubeginn der Goetheschule in Hildesheim*  
V&R Unipress Göttingen • 2009 • 145 Seiten • kartoniert • ISBN 978-3-89971-551-4 • 25,90 EUR

## BildungsMatinée der GEW Augsburg

Nach der Einstiegsveranstaltung im November mit dem Motto »Das deutsche Schulsystem ist ein Verbrechen« (DDS berichtete in der Januar/Februar-Ausgabe 2009) diskutierten die TeilnehmerInnen bei der zweiten Veranstaltung im Februar über den GEW-Film »Das können wir doch auch! Wie Schulen in Deutschland mit Heterogenität umgehen«. Eine Gruppe türkischer TeilnehmerInnen vermittelte dabei eindrucksvoll durch Schilderung eigener Erlebnisse ihr Gefühl des Ausgegrenzt-Werdens und der Benachteiligung durch soziale Randstellung sowie von ihren Erfahrungen mit früh beendeten Schulkarrieren.

Unterschiede gelten nicht als Anregung und Bereicherung, sondern sie führen im rigiden deutschen Schulsystem zu schneller Enttäuschung und zur Benachteiligung durch Misserfolg. Wie Kurt Singer in seinem neuen Buch »Die Schulkatastrophe« schreibt: »Schwache werden ausgeblendet statt am vordringlichsten unterstützt.« Diktat des Lehrplanstoffs und Notendiktatur sind Gift

für erfolgreiches Lernen. Machtansprüche und Verständnislosigkeit von Lehrkräften und Schulleitungen verstärken dies gelegentlich.

Die dritte und letzte Veranstaltung dieser Staffel Ende März zeigte mit dem »Spitze«-Film von Reinhard Kahl, wie die skandinavischen Länder Schule und Lernen gestalten. Erfolg muss erreichbar sein. Kein Kind darf beschämt werden. Aufrichten statt abrichten! Tief beeindruckt erwähnte noch nach der Diskussion ein Teilnehmerpaar immer wieder »das 5-Sterne-Hotel«, womit der Speiseraum einer der gezeigten Schulen gemeint war. Dort fühlt man sich nicht nur wohl. Man fühlt sich angenommen, anerkannt, ernst genommen, wertgeschätzt. Mit dem Bau von Schulen werden dort die besten ArchitektInnen beauftragt; Schule soll Lebensraum sein, nicht Lehr-Anstalt.

Und nur die oder der Beste von zehn BewerberInnen wird zum Lehrerstudium zugelassen. Ein anderes Menschenbild wird sichtbar sowie eine gute Pädagogik, die den

Erfolg zum Ziel hat, anders als bei uns, wo der Misserfolg das Auslese- und Druckinstrument der Alltagspädagogik ist.

Warum bei uns die einfachsten Erkenntnisse nicht umgesetzt werden, warum die Bildungspolitik sich gnadenlos an der frühen Auslese und am gegliederten Schulsystem festkrallt, versteht keiner.

Einige der TeilnehmerInnen haben bereits nachgefragt, ob man die Themen der GEW Augsburg nicht als Seminare auch in andere Gruppierungen hineinbringen könnte, z. B. in die türkische Elternschaft und in lokale Parteigliederungen.

Gern ...!

Im Mai findet bundesweit das Filmfestival der Aktion Mensch »ueberMacht« statt. Nach einer Reihe interessanter und kritischer Filme (siehe [www.ueber-macht.de](http://www.ueber-macht.de)) übernimmt die GEW Augsburg die Patenschaft für den letzten Film der Reihe: »Schule der Elite«, am 15. Mai 2009 um 19 Uhr im Liliom, Unterer Graben 1, 86152 Augsburg.

**Josef Maria Ipfelkofer**



## Jetzt sind wir dran!

### Eingruppierung sozialpädagogischer Berufe – Neuverhandlung nach fast 20 Jahren

»Arbeit sozial – Lohn fatal – Druck brutal«, so könnte die Begründung für die Kampagne um eine nachhaltig bessere Anerkennung unserer Berufsgruppen lauten. Ego bedeutet »Entgeltordnung«. Es geht also um eine neue Eingruppierung für ein Drittel der knapp 600.000 Arbeitskräfte im sozialpädagogischen Bereich mit unmittelbarer tariflicher (TVöD)-Bindung und die GEW sitzt in der Verhandlungskommission (mit ver.di und dem Beamtenbund).

Von den Ergebnissen dieser Tarifrunde werden aber ohne Zweifel die übrigen zwei Drittel in der Branche Soziale Arbeit profitieren – unmittelbar (katholische Kirche) und mittelbar alle freien Träger.

Sie in den Tarifkampf mit mehr als einer Beobachterrolle einzubeziehen, ist daher zwingend geboten. Viele KollegInnen sind dazu bereit, das haben sie z. B. am 30. März auf der Kundgebung in München schon gezeigt, für die mehrere Träger sogar Arbeitsbefreiung gewährten. In einer Zeit, in der Tarifverträge fast schon beliebig unterlaufen werden, brauchen wir gerade hier die Solidargemeinschaft aller betroffenen Berufsgruppen sowie die Unterstützung der Fachöffentlichkeit.

### Chance der Anerkennung nicht vorbeigehen lassen

Bei den am 30. März begonnenen Verhandlungen geht es für unsere KollegInnen in den Bereichen Jugendarbeit/-hilfe, Behindertenhilfe, Kitas und Beratung einschließlich ambulanter Dienste um eine seltene Chance: Die letzten Verhandlungen fanden 1990/91 statt. Seitdem hat sich der Stellenwert der sozialen Arbeit erheblich verändert und weiter differenziert. Insbesondere aus der in den Kitas mittlerweile offiziell anerkannten und geforderten Bildungsarbeit, aber auch aus der in allen Bereichen geforderten fachlichen Begleitung bzw. Betreuung mit genauer Dokumentation ergibt sich eine höhere Wertigkeit der sozialpädagogischen Tätigkeiten. Selbst die bayerische Sozialministerin, Frau Haderthauer, kommt nicht umhin festzustellen: »Der Wert dieser Arbeit muss sich noch stärker in Euro und Cent



Kolleginnen und Kollegen aus München waren am 30. März nach Frankfurt gefahren, wo die Verhandlungen stattfanden, um der Verhandlungsrunde ihre Entschlossenheit zu kämpfen zu demonstrieren.

ausdrücken ... Höhere Kosten durch höhere Gehälter wird der Freistaat ... mittragen!«

Die Anerkennung dieser gewachsenen Bedeutung und Fachlichkeit aber wird uns im Tarifbereich bisher nicht nur verweigert, vielmehr wurden bei der Ablösung des BAT durch den TVöD deutliche Verschlechterungen für KinderpflegerInnen, GruppenleiterInnen in Werkstätten für Behinderte (WfB), ErzieherInnen, HeilpädagogInnen und SozialpädagogInnen in Kauf genommen. Ein neues System der Eingruppierung für alle Tarifgruppen wäre fällig, ist aber nicht in Sicht.<sup>1</sup>

Und auch wenn es sich beim Sozial- und Erziehungsdienst zunächst nur um eine übergangsweise Eingruppierung handeln soll, dürfte diese doch erhebliche Auswirkungen auf alle Berufsgruppen des TVöD haben, für die danach verhandelt wird. Ein Erfolg wird also dringend gebraucht!

### Arbeitgeber wollen Verhandlungen aussitzen

Die Positionen, die von den Arbeitgebern am 30.3. vertreten wurden, sind für die Beschäftigten absolut inakzeptabel – so soll nicht einmal ein Nachteilsausgleich für die nach dem 1.10.2005 Eingestellten anerkannt werden – und sie wären ein Riesenschritt für die Masse der Beschäftigten: So würde für ErzieherInnen und KinderpflegerInnen die Eg 6 bzw. Eg 3 festgeschrieben, Höhergruppierungen wären nur mit den unbestimmten Merkmalen »schwierige« und »besonders schwierige Tätigkeit« möglich, wobei die Arbeitgeber unkontrollierbaren Spielraum hätten. Für ErzieherInnen mit »schwierigen« Tätigkeiten bedeutete dies

<sup>1</sup> Liebe TherapeutInnen und auch ErzieherInnen mit Zusatzausbildung in Lehrkraftfunktion an Förderschulen in Bayern (HPU/HFL): für Euch kann an dieser Stelle nicht verhandelt werden, da die Arbeitgeber strikt nur dem Tariftext zu folgen bereit sind. Aufgeschoben ist aber nicht aufgehoben, und ein gutes Ergebnis wird auch Euch in der Folge nützen.

eine Herabgruppierung von der Eg 8 auf die Eg7!

Eine höhere Qualifikation einschließlich der Bachelor-Ausbildung an den Fachhochschulen würde nicht honoriert werden. Für die SozialpädagogInnen und HeilpädagogInnen gäbe es keinerlei Fortschritt! KinderpflegerInnen und GruppenleiterInnen in VfB kommen bisher im Entgeltordnungskonzept der Vka gar nicht vor.

## Gesundheitsförderung wie wir sie verstehen

Parallel zur Entgeltordnung fordern die Gewerkschaften auch betriebliche Gesundheitsförderung. Dies ist für uns keineswegs eine taktische Forderung, weil für die Entgeltordnung Friedenspflicht besteht, für die Gesundheitsförderung dagegen nicht. Denn unsere Fachkräfte erleben seit etlichen Jahren krankmachende Arbeitsbedingungen, die durch den späteren Renteneintritt doppelt negativ wirken. Die Arbeitsbelastung im Bereich des Sozial- und Erziehungsdienstes ist großenteils gravierend gestiegen, z. B. durch immer knappere Zeitvorgaben bei gleichzeitiger Steigerung der »Behandlungseinheiten« und dem Zwang zu aufwändiger, bürokratischer Dokumentation. In jedem Arbeitsfeld unterliegen inzwischen fachliche Kriterien betriebswirtschaftlichen Berechnungen und Mittelwerten. Die Zeche bezahlen die Beschäftigten, wobei ein offener Arbeitsmarkt lange Zeit für immer frische Arbeitskraft gesorgt hat. Wenn sich – nach einer Studie der GEW – nur noch 13 % der ErzieherInnen in Kitas frei von gesundheitlichen Problemen sehen, dann muss man Alarm schlagen. Offensichtlich funktionieren die bestehenden Regelungen des Arbeitsschutzes nicht einmal im Bereich der messbaren Gefahren (wie Lärm, Rückenbelastung etc.) - mit Sicherheit noch weniger im psychosozialen Bereich. Und hier liegen die Ursachen für nachhaltige Schädigungen, die häufig zur Berufsaufgabe zwingen. Mit der demütigend niedrigen Entlohnung (wegen schlechter Eingruppierung) und den gleichzeitigen Spitzenbelastungen schließt sich für viele ein Teufelskreis.

Wir brauchen daher neben der besseren Eingruppierung auch bessere Arbeitsbedingungen, die uns Zeit und Kraft für die schwierigen Aufgaben mit den uns anvertrauten Menschen lassen. Der Landestarifausschuss der GEW Bayern hat daher einen über den Tariftext hinausgehenden Katalog von Forderungen zum Begriff »Gesundheitsförderung« entwickelt, der jederzeit auch auf betrieblicher Ebene umgesetzt werden könnte:

### Forderungen für den Bereich des Sozial- und Erziehungsdienstes zur Gesundheitsförderung

#### 1. Arbeitsschutz

- individuelles Recht auf Gefährdungsanalyse mit medizinischer und psychosozialer Beurteilung
- Arbeitsgestaltung und Arbeitsplatzgestaltung zur Reduzierung gesundheitsschädlicher Faktoren, wie z. B. Lärm, Schadstoffemissionen, Einflüsse von Bildschirmarbeit
- Schulung des pädagogischen Personals zu körper- und bewegungsgerechter Arbeit

#### 2. Gesundheitsfördernde/gesundheitserhaltende Arbeitsbedingungen und Arbeitszeitregelungen

- kundenfreie Zeiten für Teambesprechungen und kollegiale Beratung (mindestens 15 % der Arbeitszeit)
- garantierte Übergabezeiten
- bezahlte zusätzliche Pausen
- Schaffung einer ausreichenden Personalreserve
- Freistellung von LeiterInnen nach Zahl der Unterstellungen
- stellvertretende Leitungen sind zu bestellen. Bei regelmäßiger Übernahme von Leitungsaufgaben erhalten sie einen entsprechenden Anteil des Freistellungskontingents
- Recht auf Altersteilzeit im bisherigen Umfang und auf Sabbatjahre
- Arbeitszeitentlastung um 5 Wochenarbeitsstunden ab dem 55. Lebensjahr bzw. nach 20 Jahren Tätigkeit im Sozial- und Erziehungsdienst (zur Vermeidung von Arbeitsverdichtung erfolgt Personalaufstockung)

#### 3. Berufliche Weiterbildung als Gesundheitsprophylaxe

Rechtsansprüche auf:

- fachliche Fortbildung: mindestens 10 Arbeitstage pro Jahr
- Fortbildungskosten trägt der Arbeitgeber
- Fachberatung für die laufende (Beratungs-)Tätigkeit
- bezahlte Supervision
- Weiterbildungsanspruch für KinderpflegerInnen und ErzieherInnen sowie SozialpädagogInnen nach mindestens 10-jähriger Tätigkeit bei Beurlaubung mit 50 % Fortzahlung der bisherigen Bezüge

Diese Ziele gilt es zu erreichen, wenn eine Humanisierung unserer Arbeitswelt gelingen soll!

## Fazit

In den nächsten Wochen und Monaten geht es um bessere Eingruppierung und bessere Arbeitsbedingungen für alle! Beides ist nötig, wenn man

- bis zum Rentenalter arbeiten will und muss,
- die positive Einstellung auch zu den KlientInnen als Motivation beibehalten soll und
- im Sinne der gesellschaftlichen und konzeptionellen Vorgaben Ergebnisqualität erzielen will.

Lassen wir uns nicht mit dem Argument der ausgebrochenen Wirtschaftskrise kleinkriegen. Die so sprechen, waren auch dieselben, die seit Jahren in unserem Bereich neoliberales statt fachlich fundiertes Benchmarking gepredigt und durchgesetzt haben. Sie sitzen in den Kommunen und bei den freien Trägern nicht selten weit oben und sind auch in der Verhandlungskommission der Vka präsent.

Der Schirm, den wir zu unserem Schutz aufgespannt haben wollen, muss die jahrzehntelange Benachteiligung der sozialen Arbeit spürbar wettmachen. Statt einer Abwrackprämie brauchen wir eine Aufholjagd nach der entgangenen Anerkennung und Belohnung für unsere geleistete Arbeit.

### von Günther Schedel-Gschwendtner

Leiter des Sozialpädagogischen Büros der  
GEW Bayern  
E-Mail: GEW\_SozPaed@t-online.de



# Mindestlohn? Höchstlohn!

Das Mindestentgelt für pädagogische Arbeit in der Weiterbildung soll demnächst – vielleicht vom September an, vielleicht noch etwas später – in den West-Ländern 12,28 Euro betragen.



Foto: Robert Michel

Das entspricht einem Monatslohn von 2.076 Euro brutto. Für Sachbearbeitung oder Verwaltungsarbeit gilt ein Stundenlohn von 10,71 Euro, monatlich 1.810 Euro. Dies gilt für Arbeitsverhältnisse mit einer Arbeitszeit von 39 Stunden pro Woche und einem Anspruch auf 30 Tage Erholungsurlaub pro Jahr. Einfache Arbeiten werden mit 7,50 Euro pro Stunde bezahlt. Es handelt sich um Mindestlöhne. Wer mehr verdient, behält sein besseres Einkommen. Berührt sind ausschließlich Beschäftigte von Unternehmen, die überwiegend berufliche Fort- und Weiterbildung nach den Sozialgesetzbüchern (SGB) II und III organisieren. Ausgenommen sind scheinselfständige Honorarkräfte.

Ein gutes Entgelt für pädagogische Arbeit ist das nicht. Der Mindestlohn für Bauarbeiter nach dem Entsendegesetz beträgt mit 12,50 Euro etwas mehr. Das Gehalt ist für einige tausend Kolleginnen und Kollegen in der westdeutschen beruflichen Weiterbildung aber besser als ihr derzeitiges Einkommen; Beschäftigte z. B. von Unternehmen der Kolping-Gruppen, der Euro-Schulen, bfi peters oder auch in einigen Betrieben der bfz gGmbH werden vom Mindestlohn mehr oder weniger profitieren. Noch vor wenigen Monaten hatte die bfz-Geschäftsleitung sich geweigert, diese Entgelte in einem Haus-Tarifvertrag mit der GEW zu vereinbaren. Jetzt wird das Unternehmen rechtlich gezwungen. Das macht Eindruck.

## Was ist passiert?

»Rechtlich gezwungen«? Was ist tarifpolitisch, politisch und rechtlich passiert? Die Gewerkschaften ver.di und GEW und andererseits die Arbeitgebervereinigung »Bildungsverband« haben einen sog. Branchen-Tarifvertrag abgeschlossen. Darin stehen die oben genannten Entgelte.

Im März des vergangenen Jahres hatten diese Tarifparteien beim Bundesarbeitsminister beantragt, die Weiterbildungsbranche im engen Sinn in das sog. Entsendegesetz aufzunehmen. Dieses Gesetz – vor Jahren bekannt geworden durch

Debatten über Mindestlöhne im Baugewerbe – ist eine Methode, Mindestlöhne in abgegrenzten Branchen einzuführen, indem ein gültiger Tarifvertrag, der massenhaft und großflächig unterlaufen wird, allgemeine Geltung für die gesamte Branche erlangt. Bundestag und Bundesrat haben inzwischen beschlossen, dieses Gesetz für mehrere Branchen zu öffnen, darunter die Weiterbildung, soweit Maßnahmen nach SGB II und SGB III abgewickelt werden.

Der Grund dafür waren und sind die Folgen der »Gesetze für moderne Dienstleistungen auf dem Arbeitsmarkt«, der sog. Hartz-Gesetze der Jahre 2003 und 2004. Danach schrieb die Bundesagentur (BA) ihre Bildungsmaßnahmen aus und verscherbelte sie meist an den billigsten Anbieter. Auf einem Geschäftsfeld, das mit 60 bis 70 % Personalkosten beackert wird, war und ist diese Preiskonkurrenz in erster Linie eine Lohnkonkurrenz. Der drastische Verfall der Löhne hat die Lebenslage vieler Beschäftigter erheblich verschlechtert. Die Unternehmen haben diesen Druck teils an die Beschäftigten weitergegeben, teils dazu benutzt, den Arbeitsdruck um ein paar atü zu erhöhen. Massenhaft befristete, ungesicherte Arbeitsverhältnisse taten ein Übriges, die Gegenwehr in den Betrieben zu schwächen.

Löhne von 1.500 Euro brutto für Sozialpädagoginnen schienen auch dem Arbeitsminister korrekturbedürftig. Billige Arbeit in der Weiterbildung gefällt der Politik, nur die für den Schein des Sozialstaates zuständige SPD will derzeit keine spottbillige Arbeit. Deswegen könnte der Mindestlohn des Tarifvertrages das Niveau etwas heben und eine Grenze nach unten ziehen.

Die Bundesregierung kann in einer Rechtsverordnung den Tarifvertrag für allgemeinverbindlich erklären. Jeder Tarifvertrag hat einen Geltungsbereich. Darin ist bestimmt, für welche Beschäftigten und Betriebe seine Klauseln gelten. Ist der Tarifvertrag für allgemeinverbindlich erklärt, dann gilt er für alle Beschäftigten und Betriebe einer genau umrissenen Branche.

## Können sich Arbeitgeber verweigern?

Gegen diese Rechtsverordnung können Unternehmen klagen. Gerichtsverfahren ändern nichts an der vorläufigen Gültigkeit der Mindestlöhne. Mit der Rechtsverordnung sind die Mindestlöhne zu zahlen. Ansprüche aus jedem Tarifvertrag sind unmittelbar und zwingend wirksam. Im Falle eines Verstoßes müssen sie dennoch in jedem Einzelfall mit gerichtlicher Hilfe durchgesetzt werden. Wenn ein Arbeitgeber seiner Verpflichtung trotz Aufforderung nicht nachkommt, bleibt nur der Weg zum Arbeitsgericht. Mitglieder der GEW besitzen einen umfassenden Rechtsschutz im Arbeits- und Sozialrecht.

Betriebsräte haben die Aufgabe, genau zu prüfen, ob der Arbeitgeber seine Pflichten erfüllt. Sie müssen vom Arbeit-

geber verlangen, dass die Mindestlohngrenze unbedingt beachtet wird. Sie können die Arbeitsagentur über Verstöße informieren, denn die BA wird, wenn sie Maßnahmen vergibt, die Einhaltung der Mindestlöhne zum Vertragsbestandteil machen.

Zunächst werden einige Arbeitgeber versuchen, durch politischen Druck den Vollzug des Entsendegesetzes zu verhindern, sodass es nicht zur Allgemeinverbindlichkeitserklärung kommt. Führt dies nicht zum Erfolg, werden sie die Regeln de facto zu umgehen probieren. Eine Hintertüre ist die Ausweitung der scheinselfständigen Honorartätigkeit. Der Mindestlohn gilt nur für Beschäftigte, nicht aber für Honorarkräfte. Sie werden de jure nicht als Beschäftigte anerkannt, weshalb für sie weder Arbeitsschutzgesetze noch Tarifverträge abgeschlossen werden können. Diese Rechtlosigkeit macht sie für Arbeitgeber (auch und gerade gewerkschaftsnahe wie die DAA) attraktiv. Ein dem Mindestlohn etwa gleichwertiges Stundenhonorar beträgt 30 Euro. Wo über Entgelte in der Weiterbildung geredet wird, darf diese Forderung nicht fehlen.

### Kein Grund, sich zurückzulehnen!

Wenn die Preiskonkurrenz durch den allgemeinverbindlichen Tarifvertrag gedämpft wird und die Unternehmen für Maßnahmen bessere Preise durchsetzen können, werden sie

diese Vorteile nicht automatisch an die Beschäftigten weitergeben. Sie werden bessere Erträge machen, die Beschäftigten werden davon nichts abbekommen oder nur so viel, wie der Arbeitgeber abgeben will. Das ist immer weniger, als er abgeben kann. Deswegen muss der Mindestlohntarifvertrag durch Tarfbewegungen auf Unternehmensebene ergänzt werden.

Ehe der Mindestlohn in Kraft gesetzt ist, kann kein Zweifel daran bestehen, daß er unzureichend ist. Die Stufe 1 der Entgeltgruppe 9 im TVöD (für Sozialpädagoginnen) bemisst sich auf 2.237,38 Euro, das Stundenentgelt hätte demzufolge 13,24 Euro zu betragen, also knapp einen Euro mehr. Statt den Mindestlohn als großen gewerkschaftlichen Erfolg zu feiern, der er nicht ist (höchstens ein kleiner), sollten wir in den Blick nehmen, was eine auskömmliche Bezahlung qualifizierter Arbeit ist. Arbeit in der Weiterbildung muss bezahlt werden wie Unterricht in allgemeinbildenden und beruflichen Schulen. Höchstlohn ist besser als Mindestlohn!



von Peter Weiß

Büro für Weiterbildung der GEW Bayern  
Tel. mobil (0160) 96 84 47 63  
gew.peter.weiss@t-online.de

Aktuelle Infos zum Mindestlohn gibt es unter [www.gew.de](http://www.gew.de), auf der von ver.di betriebenen, sehr informativen Seite [www.netzwerk-weiterbildung.info](http://www.netzwerk-weiterbildung.info), beim Arbeitsministerium unter [www.bmas.de](http://www.bmas.de) und beim tarifgebundenen Arbeitgeberverband unter [www.bildungsverband-online.de](http://www.bildungsverband-online.de)

## Neuer Vorstand in der Landesfachgruppe Weiterbildung

Im Februar trafen sich die Mitglieder der Landesfachgruppe Weiterbildung im Nürnberger Gewerkschaftshaus. In einer ausführlichen Diskussion stellten sie fest, dass sich die Situation in der Weiterbildung seit Jahren verschlechtert hat. Dennoch können Interessenskämpfe organisiert werden und teilweise auch Erfolge erreicht werden. Letzteres trägt auch dazu bei, dass der Weiterbildung innerhalb der GEW Gewicht zuwächst.

Schwierig gestaltet sich die Organisation der scheinselfständigen Honorarkräfte. Der Kampf um die Beseitigung der prekären Einkommenssituation stellt eine der Hauptaufgaben der GEW dar. Ziel ist es, die Honorarkräfte den abhängig Beschäftigten gleichzustellen. Dass sich dies vor dem Hintergrund einer »modernen Tagelöhnerie« nicht eben einfach darstellt, ist eine alte gewerkschaftliche Erfahrung. Dennoch wird das einer der Schwerpunkte der Arbeit der Landesfachgruppe in den nächsten Jahren sein. Einige Mitglieder meinten, dass gerade diese prekären



Anton Salzbrunn



Fred Schell



Uwe Steinwachs

ren Verhältnisse als Vorbild für andere Bildungsbereiche dienen könnten.

Bei den anschließenden Neuwahlen des Fachgruppenvorstands wurde Anton Salzbrunn aus Erlangen einstimmig zum neuen Vorsitzenden der Landesfachgruppe gewählt. Fred Schell hatte aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr kandidiert, war aber bereit, als Stellvertreter weiter zur Verfügung zu stehen. Als weiterer Stellvertreter wurde Uwe Steinwachs aus Aschaffenburg gewählt.

Die Mitglieder der Landesfachgruppe dankten Fred Schell ausdrücklich für seine 25-jährige Tätigkeit als Vorsitzender.

von Anton Salzbrunn



Sitzungsfotos

# KursleiterInnen fordern 30 EUR Mindesthonorar

Zweimal jährlich treffen sich die DozentInnenvertretungen der bayerischen VHS zum Erfahrungsaustausch und zur Beratung gemeinsamer Vorhaben. So auch dieses Mal zum Ende des Wintersemesters in der VHS Augsburg. In einer lebhaften Diskussion wurde einmal mehr festgestellt, dass die soziale Situation der DozentInnen an den VHS in Bayern meist sehr prekär ist. Häufig kommt auch von den VHS-Leitungen der Hinweis, dass das Kurshonorar nicht dazu geeignet sei, davon seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Für viele DozentInnen stellen aber gerade die Honorare ein wesentliches Einkommen dar. Mehrere DozentInnenvertretungen berichteten sogar von Kürzungen der schon niedrigen Honorare. Bei der Übersicht der Honorarsätze der bayerischen VHS geht die Spanne von 12 EUR bis 25 EUR. Hinzu kommt, dass auch die DozentenInnenvertretungen kaum Rechte haben. Im Falle eines Aufbegehrens laufen sie Gefahr, ihre Aufträge zu verlieren, wie das am Beispiel Nürnberg exemplarisch vorgeführt wurde.

Der Wert der Weiterbildung wird zwar in Sonntagsdiskussionen gern hervorgehoben. Offensichtlich haben solche Erkenntnisse aber nur eine »Halbwertszeit« bis zum Montag-

morgen. Bitter beklagten die DozentInnenvertretungen der VHS, dass die gezahlten Honorare kaum zum Leben reichten und man oder frau eigentlich eine/n EhepartnerIn bräuchte um halbwegs über die Runden zu kommen. Deswegen beschlossen die VHS-Vertretungen, die PolitikerInnen nun beim Wort zu nehmen und zu fordern, dass den Sonntagsreden Taten folgen, um die prekären Verhältnisse in der Weiterbildung zu beenden. So ist ein Mindesthonorar von 30 EUR erforderlich. Dass dazu eine bessere finanzielle Ausstattung der VHS gehört, war für die DozentInnenvertretungen selbstverständlich. (Näheres siehe in untenstehender Erklärung.) Die Unterstützung der GEW, die bisher auf diesen Treffen immer mit einem Vertreter dabei war, wurde positiv aufgenommen. An sie richten sich die Erwartungen, mit Hilfe einer Bildungsgewerkschaft bessere Verhältnisse an den bayerischen Volkshochschulen durchsetzen zu können.

Zum Schluss wählten die bayerischen DozentInnenvertretungen einstimmig die Kollegin Beate Hartley von der VHS Augsburg zur Vorsitzenden.

**von Anton Salzbrunn**

*mehrere Jahre Dozentenvertreter am BZ in Nürnberg und an der VHS Erlangen*

Zur Sache: Arbeitsgemeinschaft Dozentenvertretungen bayerischer Volkshochschulen (ad)

Die ad wurde mit Hilfe der GEW 2001 gegründet und stellt die Interessenvertretung der bayerischen Volkshochschulen dar. Sie kämpft um eine Verbesserung

der Situation der DozentInnen/KursleiterInnen an den bayerischen VHS und dient dem Erfahrungsaustausch zwischen den DozentInnen- oder Kursleitendenvertretungen.

Weitere Infos unter [www.ad-vhs-bayern.de](http://www.ad-vhs-bayern.de)

## Stellungnahme

*Das Entsendegesetz sieht einen Mindestlohn in der Weiterbildung vor – aber nicht für die große Mehrheit der Dozenten. Warum?*

### Die Lage der bayerischen Volkshochschuldozenten

Die Arbeitsgemeinschaft Dozentenvertretungen (ad) an bayerischen Volkshochschulen hat Missstände bei der Bezahlung der VHS-Dozenten in bayerischen Städten und Gemeinden festgestellt und fordert die Einführung einer angemessenen Honorarregelung mit einem Mindesthonorarsatz.

Die Arbeitsgemeinschaft Dozentenvertretungen (ad) vertritt folgende Positionen:

1. Volkshochschulen sind gemeinnützige öffentlich geförderte Einrichtungen und die dort tätigen Dozentinnen und Dozenten leisten einen bedeutenden Beitrag für Bildung und Integration in unserer Gesellschaft. Diese Leistung muss angemessen honoriert werden.<sup>1</sup>
2. Die Kurse an bayerischen Volkshochschulen werden von professionellen Dozenten gehalten, die mit den Honoraren teilweise oder ganz ihren Lebensunterhalt verdienen.<sup>2</sup> Die Honorare müssen sich an der marktüblichen Entlohnung qualifizierter Arbeit orientieren.
3. Die Dozenten der bayerischen Volkshochschulen sind freiberuflich tätig und

tragen das volle Risiko für das Zustandekommen von Kursen. Außerdem sind sie bei Krankheit, anders als Arbeitnehmer, nicht abgesichert. Wer ein Risiko für eine Institution übernehmen soll, muss von dieser auch so entlohnt werden, dass er wirtschaftlich in der Lage ist, dieses Risiko zu tragen.<sup>3</sup>

4. Die Honorarregelungen an den einzelnen Volkshochschulen in Bayern sind uneinheitlich und nirgends den Leistungen und der geforderten Qualifikation der Dozenten angemessen. Wenn akademisch ausgebildete Dozenten auf dem Niveau ungelernter Kräfte bezahlt werden, ist die Erwachsenenbildung in ihrem Fortbestand bedroht und die Volkshochschule ein Auslaufmodell.<sup>4</sup>

Aus diesen Gründen fordert die Arbeitsgemeinschaft Dozentenvertretungen (ad) an bayerischen Volkshochschulen politische Entscheidungsträger auf, ein bayernweit einheitliches Honorar für Volkshochschuldozenten von 30 EUR pro Unterrichtsstunde (45 Min.) zu befürworten,

und sie fordert den Bayerischen Volkshochschulverband auf, diese Forderung zu unterstützen.

**Arbeitsgemeinschaft  
Dozentenvertretungen (ad)  
an bayer. Volkshochschulen**

<sup>1</sup> Integrationskurse, Mama lernt Deutsch, Vorbereitung auf schulische Abschlüsse (Quali, Realschule, FOS/BOS) und viele berufliche Fortbildungsangebote verankern Menschen besser in der Arbeitswelt und der Gesellschaft.

<sup>2</sup> Nach offizieller Schätzung leben bundesweit bereits 23 % der Dozenten ausschließlich von VHS-Honoraren (gemäß Pilotstudie: Erhebung zur beruflichen und sozialen Lage von Lehrenden in Weiterbildungseinrichtungen vom WSF Wirtschafts- und Sozialforum, 2005, erstellt im Auftrag des BMBF. Dort in der Zusammenfassung (15), S. 9).

<sup>3</sup> Die Lage viele Dozenten ist prekär. Die »Arbeitsgeberbeiträge« zu Rentenversicherung und Krankenkasse sind nicht Pflicht und als freiwillige Leistung sehr selten. Wer nur freiberuflich tätig ist, muss eine Krankenversicherung abschließen, deren fixe Prämie sich nicht als Prozentsatz eines realen Verdienstes berechnet. Aufgrund von Einkommensschwankungen ist das eine immense finanzielle Belastung. Es gibt keine »Sozialkasse für Dozenten«.

<sup>4</sup> Es gibt am unteren Rand Stundensätze (45 min.) von 12 und 15 EUR.

# Nicht nur wegen Winnenden – was wir dringend brauchen, ist eine Schule für Lebenskunst!

Was mich als Lehrer ärgert:

Das Dilemma ist bekannt, aber es wird beharrlich nicht verändert!

Es ist nicht wie Honig, es ist wie Wagenschmiere! Wenn die letzten direkt Geschädigten beerdigt oder aus den Krankenhäusern entlassen sind, dann wird wieder Friedhofsruhe einkehren im Land. Zumindest in der öffentlichen Diskussion. Unter der Decke wird das schwarze Pech, die Wagenschmiere weiterwirken. Es wird weiter brodeln, zu weiteren Eruptionen kommen, mehr oder weniger gewalttätigen. Mich zermürben auch und gerade die kleinen, alltäglichen, hilflosen Aggressionsausbrüche nicht nur der SchülerInnen. Eine Schülerin auf dem gesellschaftlich programmierten Abstellgleis (?) »Berufsvorbereitungsjahr« hat dafür einmal den Spruch geprägt: »Der Krug geht so lange zum Brunnen bis er kotzt!«

Die GänsehautspezialistInnen unter den MedienmacherInnen, PolitikerInnen und selbsternannten ExpertInnen werden sich wieder anderen »attraktiveren« Themen zuwenden. »Es werden immer wieder die gleichen Fehler gemacht. Die Blase kommt. Die Blase platzt. Immer wieder. Der Wettbewerb ist erbarmungslos. Eine Art Darwinismus: ein

ewiger Ausleseprozess...« (Hilmar Kopper, ehemaliger Chef der Deutschen Bank; ZEITmagazin Nr. 12, 12.3.09; S. 46).

Die Auswirkungen von Helmut Kohl eingeleiteten »geistig-moralischen Wende« sind hinreichend erforscht, erkannt und veröffentlicht. Ebenso wie die Vorschläge für eine andere, eine humane Gesellschaft hinreichend bekannt sind.

Warum wird es nicht umgesetzt?

Warum wird nichts, aber auch gar nichts verändert?

»Geld ist wie Blut (im wahrsten Sinne des Wortes, Anm. d. Verf.), das den Sauerstoff überallhin transportiert. Man sieht nichts, aber es arbeitet.« (Kopper, ebenda)

Wenn Bankenvertreter in den Ministerien *ihre* Büros beständig haben und dort für das Ministerium die Gesetzesvorlagen zur Bewältigung der Finanz- und Wirt-

schaftskrise schreiben, was ist dann zu erwarten?

Wenn Medienkonzerne in Bildungs- und Kultusministerien die Konzepte für Bildungspolitik machen und die Ausbildung und Weiterbildung für LehrerInnen durchführen, was ist dann zu erwarten?

Eine Art Darwinismus?

Vielleicht nicht, wenn wir nicht nur die größte Krise des Systems des Kapitalismus ernst nehmen und Lehren daraus ziehen, sondern auch die Erkenntnisse der Humanwissenschaften ernst nehmen und nicht mehr die gleichen Fehler machen, sondern sie in den Dienst einer humanen Entwicklung stellen, indem wir zum Beispiel wirklich mündige Bürger heranbilden!



Dies bedeutet im Mikrobereich des Bildungswesens sofortige Veränderungen:

- Bessere Ausbildung der LehrerInnen an besser ausgestatteten Universitäten, in denen nicht aus finanzieller Knappheit didaktische Lehrstühle ersatzlos gestrichen werden.
- LehrerInnen als Lebens-, Lern- und ProzessbegleiterInnen.
- Veränderte örtliche, zeitliche und kulturelle Arbeitsbedingungen für LehrerInnen und SchülerInnen an allen Lernstätten!
- Auflösung des »Klassendenkens«! Kleine Kernarbeitsgruppen und flexible Lernfeldarbeitsgruppen von jeweils 7 - 15 TeilnehmerInnen.
- 30-Stunden-Woche für alle am Lern- und Arbeitsprozess Beteiligten.
- Humane Arbeitsplätze in den Lernstät-

ten für LehrerInnen – der Arbeitsplatz ist in der Schule und nicht zu Hause, nur so ist ein mentales, gesundes, ausgeglichenes Arbeiten möglich –, ErzieherInnen und SchülerInnen.

- Klare, regelmäßige, arbeitsfreie, produktive Pausen.
- Klare Teamkommunikationszeiten.
- Wir brauchen einen Lernort, der Stärken fördert, statt Schwächen bekämpft, der zu unterscheiden lehrt, was geändert werden kann und muss und was nicht, der Unglücklichsein und Glückseligkeit integriert und explizit zum Lerngegenstand macht. Freud und Leid gehören zusammen, um Leben echt fühlen zu können, um lebendig zu sein! Ohne Schmerz und Leid fühlen zu können,

kann ich kein Glück fühlen. Glück kann ich nur aus mir selbst heraus definieren! Aus sich selbst heraus Glück definieren geht nur in der Interaktion mit Anderen!

Was wir brauchen, ist eine Schule für Lebenskunst!

Nur so verhindern wir weitere und weit größere Massaker. War das nicht so, dass die klassische Krisenlösungsvariante, nicht nur der Deutschen, »die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln« war?

Der Krieg herrscht bereits überall um uns herum, nicht nur in den Schulen und in uns. Entscheiden wir uns für eine humane, friedliche Gesellschaft.

Ja, das wäre ein Paradigmenwechsel!

Ja, das kostet Geld!

Hilmar Kopper sei nochmal zitiert: »Geld ist wie Blut, das den Sauerstoff überallhin transportiert. Man sieht es nicht, aber es arbeitet.«

Woraufhin der Interviewer des Zeitmagazins Roger Willemsen einwirft: »Das Geld arbeitet nicht, der Proletarier arbeitet.«

Kopper daraufhin: »Stimmt, sehr gut. Sagen wir also nicht ›Es arbeitet‹, sondern ›Es wirkt‹.« (ZEITmagazin Nr. 12, ebenda)

Hoffentlich sagt jetzt keiner, aber *dafür* haben wir kein Geld.

von Rolf Staudt

# GEW Bayern fordert Rehabilitierung Haydar Isiks

Der kurdische Schriftsteller und langjährige Lehrer an einer Münchner Realschule Haydar Isik (71), seit 1984 deutscher Staatsbürger und seit 30 Jahren aktives Mitglied der GEW Oberbayern, wird wegen seines unbeirrbaren Engagements für die Rechte der Kurden in ihren Herkunftsländern wie in Deutschland vom bayerischen Staatsschutz und vom türkischen Staat verfolgt. Haydar Isik setzt sich für die kulturelle Autonomie der KurdInnen in der Türkei ein; er klagt brutale Gewalt der türkischen Armee gegen KurdInnen an und informiert in seinen Romanen und in vielen Aufsätzen über das öffentlich noch wenig beachtete Massaker an zehntausenden KurdInnen in Dersim (türk. Tunceli) 1937/38.

Offenbar sieht ihn die türkische Regierung deshalb als Staatsfeind; sie begehrte am 17.6.2008 mit einem Interpol-Haftbefehl an das BKA in Wiesbaden seine Auslieferung in die Türkei, wo ihm als angeblichem Führungsmitglied einer terroristischen Organisation bis zu 15 Jahre Haft drohen.

Kollege Isik nahm an der Gründung des »Volkskongresses Kurdistan« (KONGRA-GEL) teil, sieht diesen aber entgegen der späteren staatlichen Zuordnung nicht als Fortsetzung der PKK unter neuem Namen, sondern als eigenständige neue Organisation, die sich ausdrücklich dem gewaltlosen Einsatz für die volle Anerkennung der kurdischen Identität in der Türkei verpflichtete.

Nichtsdestoweniger wurde Haydar Isik am 6. Juli 2007 an seinem Wohnort, wo er seit 30 Jahren mit seiner Familie lebt, von zwölf Einsatzkräften, z. T. in Kampfanzügen, überfallen und nach vierstündiger Hausdurchsuchung zwölf Tage unter dem Vorwand, den bewaffneten Kampf der KurdInnen unterstützt zu haben, inhaftiert. Die Anklageschrift der Münchner Staatsanwaltschaft, auf die er bis zum 9.12.2008 warten musste, wirft ihm in befremdlicher Gleichsinnigkeit mit den türkischen Behörden vor, er sei »in München bereits seit Jahren als PKK-Funktionär bekannt«, muss aber freilich mangels entsprechender Beweise einschränken: »im Hintergrund quasi als »graue Eminenz« ...«. Vor allem legt sie ihm »die finanzielle Unterstützung der PKK durch das Eintreiben von Spenden und den Verkauf von PKK-Propagandamaterial« zur Last.

Kollege Isik hat tatsächlich seit Langem Geld für Projekte in kurdischen Gebieten gesammelt, größtenteils im Rahmen der GEW: für Straßenkinder in Dyarbakir, für drei Schulen im Nordirak (Projekt »Dibistan« der GEW 1991/92), für Schulkinder im irakisch-kurdischen Etrus-Lager, die dorthin vor Militäreinsätzen fliehen mussten, für eine Straßenbaumaschine in seiner Heimatstadt Dersim, für ein Jugendkulturzentrum und ein vierstöckiges Haus ebenfalls in Dersim, in dem Frauen für eine Bäckerei, ein Cafe, ein Restaurant und einen Lesesaal die Verwaltung, die Produktion und den Verkauf übernehmen.

Dies sollte den bayerischen Ermittlern eigentlich bekannt sein, da nicht nur Haydar Isik im Rahmen seiner Aktivitäten mehrmals Kontakt mit der Stadt München aufnahm, sondern die Bürgermeisterin von Dersim anlässlich einer Spendenübergabe für das Jugendkulturzentrum auch von OB Ude empfangen wurde. Stattdessen wurde dem Kollegen Isik vorgeworfen, er habe mit seinen Sammlungen für Dersim eine Hochburg der PKK unterstützt.

Die GEW Bayern sieht keinen Grund, an Haydar Isiks friedlichen Absichten zu zweifeln; sein Engagement sollte vielmehr von einem Staat, der sich den Werten der Demokratie und der Humanität verpflichtet weiß, geehrt werden. Die GEW protestiert daher scharf gegen seine Beschädigung durch pauschale Verdächtigungen und fordert seine rasche Rehabilitierung. Die Umstände der Verfolgung des Kollegen Isik veranlassen darüber hinaus die Forderung, die pauschale Kriminalisierung kurdischer Organisationen wie KONGRA-GEL zu beenden und sich sachlich und differenziert mit ihnen auseinanderzusetzen.

Nach Haydar Isiks Überzeugung wäre der Konflikt zwischen KurdInnen in der Türkei und der türkischen Regierung wesentlich entschärft, sobald die kurdische Sprache als eine reguläre Unterrichtssprache eingeführt und die kurdische Identität vom Staat anerkannt würde. Als Bildungsgewerkschaft und in demokratischer Solidarität fordert daher die GEW die Bundesregierung auf, sich nach Kräften für eine solche Entwicklung einzusetzen.

*Medieninformation der GEW Bayern vom 27.03.2009*

## Unterrichtseinheiten von CASHLESS-MÜNCHEN an Hauptschulen

Seit Juni 2008 ist beim Präventionsprojekt Jugendschulden CASHLESS-MÜNCHEN eine befristete Stelle für die Arbeit an Münchner Hauptschulen und Freizeitstätten eingerichtet worden. Schwerpunkte sind:

- Unterrichtseinheiten für die Jahrgangsstufen 6 bis 10 (auch M-Zweig) konzipieren und durchführen. Dauer in der Regel 2 bis 3 Schulstunden.
- In Kooperation mit Freizeitheimen das Projekt Stationenlauf/Stationenlernen mit Schulklassen der 8. bis 10. Jahrgangsstufe durchführen.

Wir bieten Unterrichtseinheiten zu den Themen Konsum, Werbung, Wünsche und Bedürfnisse, Verschuldungsrisiken, Haushaltsplanung, rechtliche Konsequenzen der Internetnutzung, Handy-



Verträge u. ä. an. Durchgeführt werden sie von ein bis zwei Sozialpädagoginnen in Absprache mit dem Lehrer/der Lehrerin (Vorwissen der SchülerInnen/Themenschwerpunkte/Dauer der Veranstaltung ...).

Für den Zeitraum Mai bis Juli haben wir noch Kapazitäten frei und besprechen gerne in einem Telefongespräch, welche Themen für Ihre Klasse geeignet wären und welche Termine in diesem Schuljahr noch realisierbar sind.

Aufgrund der ausgesprochen positiven Erfahrungen mit dem Stationenlauf würden wir auch gerne in Zusammenarbeit mit Freizeitstätten und Schulen einige Termine anbieten.

Wir freuen uns auf Ihre Anfragen unter der Telefonnummer 0 89/5 14 10 69 83 oder per E-Mail [info@cashless-muenchen.de](mailto:info@cashless-muenchen.de).



## In memoriam Heinz Koehler

Die Erlanger GEW trauert um ihren Ehrenvorsitzenden Heinz Koehler. Er starb am 31. März dieses Jahres kurz vor seinem 90. Geburtstag. Unser »Hochbetagter«, so nannte er sich gerne, war bis zum Schluss für seine GEW aktiv, ohne die er sich, wie er einmal sagte, sein Leben nicht mehr vorstellen konnte. Nur selten versäumte er eine Kreisvorstandssitzung, auf der er regelmäßig akribisch Protokoll führte, allerdings nie, ohne es mit eigenwilligen Formulierungen zu würzen.

Da er früher selbst den Kreisvorsitz innegehabt hatte, kannte er unsere Arbeit genau und gab uns häufig wertvolle Fingerzeige.

Ein überzeugter Verfechter der Reformpädagogik geriet er als Direktor des Erlanger Albert-Schweitzer-Gymnasiums Anfang der 70er-Jahre in einen grundsätzlichen Konflikt mit dem Bayerischen Kultusministerium, das ihn unter befremdlichen Umständen seines Amtes enthob und an ein anderes Gymnasium versetzte. Der begeisterte Pädagoge Koehler resignierte keineswegs, sondern betrachtete den Vorgang als Herausforderung und unterrichtete seine neuen Schülerinnen und Schüler mit derselben Tatkraft wie eh und je. Dass er in einem langen juristischen Verfahren mit dem Kultusministerium letztlich obsiegte, verdankte er nicht zuletzt der bayerischen GEW, die ihm als einziger Berufsverband Rechtsbeistand gewährte.

Ein neues Tätigkeitsfeld fand er schließlich am Nürnberger Pädagogischen Institut, von dem aus er 1982 als Oberstudiendirektor in Pension ging.

Doch über den Beginn des Ruhestand hinaus versah er ununterbrochen den schon Anfang der 50er-Jahre übernommenen Lehrauftrag »Fachdidaktik Deutsch« an der Uni Erlangen. Zwei

Stunden in der Woche unterrichtete er bis zum Schluss noch jedes Wintersemester mit Hingabe junge Studentinnen und Studenten und trug ihnen die neuesten Ergebnissen der Forschung vor.

Er redete nicht viel vom seinerzeitigen Streit mit der Ministerialbürokratie, auch nicht davon, dass er, dem Ministerium um mindestens eine Nasenspitze voraus, später in seinen lernpsychologischen Annahmen und pädagogischen Ansätzen durch die moderne Hirnforschung bestätigt wurde. »Leistung kann nur gelingen, wenn man auch mit Lust und Vergnügen dabei ist«, sagte er einmal.

Er ließ uns an seinem reichen literarischen und erzieherischen Wissen, seinen profunden didaktischen Kenntnissen und an anderen uns immer wieder verblüffenden Fähigkeiten teilhaben. So konnte er aus dem Stegreif kleine Gedichte verfassen, gerade erst gehörte Melodien in Notenschrift umsetzen und auf der Mundharmonika nachspielen. Immer wieder überraschte er uns mit geistreichen Kurzkomentaren zum politischen und gesellschaftlichen Tagesgeschehen. Verbürgt ist: In der Klinik, in der er sich noch vor kurzem von einer Operation erholte, lud der Patient Koehler die Ärzte und Schwestern der Station zu einer Jause auf sein Zimmer ein und verschaffte ihnen eine Atempause von ihrem anstrengenden Beruf, indem er sie mit Witz und Humor und Melodien auf der Mundharmonika eine gute halbe Stunde lang auf das Trefflichste unterhielt. Sein vielfältiges Können reichte vom Klavierspielen und von gewandter Vielsprachigkeit über das Auswendigrezitieren langer Texte bis hin zum eleganten Skifahren. Unmöglich, hier alles auszubreiten. Gegen die schlichte und doch fast alles über ihn

*Bin unverzagt,  
Ich hab's gewagt  
Und will des Ends erwarten.  
(Ulrich von Hutten)*



sagende Bemerkung eines Kollegen, er sei ein regelrechtes »Multitalent«, wendete er nichts ein.

Natürlich hatten wir uns bereits Gedanken gemacht, wie wir seinen 90. Geburtstag begehen könnten. Erst in der letzten Woche erkannten wir, dass er ihn nicht mehr erleben würde.

Die DDS-Redaktion konnte das nicht wissen und gratulierte Heinz in der Aprilausgabe zum 90. Da das Heft bei Heinz' Tod bereits in der Auslieferung war, blieb der Glückwunsch bedauerlicherweise so stehen. Uns allen bleibt aber, am 20. April Heinz Koehlers zu gedenken. Wie überhaupt: Seine Unbeugsamkeit, seine Unverzagtheit, sein Wagemut und seine trotz allem heitere Gelassenheit bleiben uns unvergessen.

**Der Kreisvorstand GEW Erlangen**

## Eine Einladung zum Perspektivenwechsel –

# Warum das Denken bisweilen die Dinge verändern kann

Bekanntlich existiert eine Vielzahl von Möglichkeiten, die Welt zu betrachten. Das beginnt beim eigenen Mikrokosmos – Familie, Freunde, Beruf – und weitet sich auf Erklärungen über die Gesellschaft, zu den verschiedenen Systemen bis hin zur weltpolitischen Lage nebst Ursachenforschung aus.

Reinhold Hedtke liefert mit seinem Buch »Ökonomische Denkweisen« einen gelungenen Beitrag zum Verständnis unserer Welt. Die Rede ist von der Ökonomie, genauer, von ökonomischen Denkweisen, von denen Durchschnittsmenschen eher annehmen, sie seien den VolkswirtInnen, WirtschaftswissenschaftlerInnen und ähnlichen TheoretikerInnen vorbehalten.

Hedtke belehrt uns eines Besseren: Zu Beginn weist er gleich auf ein weitverbreitetes Missverständnis hin: Ökonomisches Denken und ökonomische Konzepte scheinen oft mit den alltäglichen Erfahrungen, den erlebten Selbstverständlichkeiten und den gewohnten Denkmustern wenig zu tun zu haben. Man betrachtet sie oft als realitätsfern, eindimensional und schwer zugänglich.«

Das stimmt. Zugleich erklärt er sein Ziel, nämlich den LeserInnen zu zeigen, »dass man mit Hilfe ökonomischer Denkweisen anders und besser sehen kann als ohne sie.« Und schon findet man sich mittendrin.

### Wie der Espresso in die Tassen einer Mailänder Bar kommt ... oder wie teuer Kaugummi wirklich ist

Die zahlreichen »lebensnahen« Beispiele, mit denen der Autor uns die Mechanismen der Marktwirtschaft aufzeigt, sind amüsant und klug gewählt. Sei es unser Selbstverständnis oder gar unsere Zuversicht, möglicherweise unsere Lebenserfahrung oder eine Mischung aus allem zusammen, die uns ohne zu zögern in einer, sagen wir mal, Mailänder Bar morgens einen Espresso bestellen lässt, ohne an seiner Verfügbarkeit zu zweifeln. Diese Verfügbarkeit basiert auf ziemlich viel Kooperation verschiedener Menschen und Unternehmen, die die Leistungsfähigkeit Einzelner bei Weitem übersteigen würde, und wird hier beinahe amüsant skizziert.

Ebenso anschaulich illustriert der Autor sogenannte Kosten-Nutzen-gerechte Preise: Die Produktionskosten eines Kilos Erdbeeren errechnen sich relativ einfach, legt man nur diejenigen des produzierenden Unternehmens zugrunde. Addiert man dazu aber andere Kosten wie Grundwasserverbrauch, Bewässerung aus Tiefenbrunnen, Lärm, Unfälle als Folge des LKW-Transports, so entstehen ganz andere Zahlen (und Preise). Wer entscheidet, welche Kosten auf der Erdbeerrechnung erscheinen? Das oben erwähnte Kaugummi-Problem macht das Phänomen noch deutlicher: Die Stadt Liverpool beschloss 2005 eine Kaugummisteuer, um damit die hohen Kosten zu decken, die die Entfernung von Kaugummis auf öffentlichen Plätzen, Bahnhöfen etc. verursacht. Andere erwogen, den weltweit führenden Hersteller Wrigley's an den Kosten zu beteiligen, oder, sehr hübscher Ge-

danke, sich der Forschung klebefreier bzw. biologisch abbaubarer Gummis zu widmen. Bonn fordert 20 Euro Bußgeld ein – die Reinigungskosten belaufen sich auf 50 Euro – und in Singapur gibt es Kaugummis nur in Apotheken, die jede/n KäuferIn registrieren.

Man merkt, so einfach ist die Sache nicht. Die ökonomischen Qualitätskriterien haben es in sich.

### Der Privathaushalt als Modell

Das Kapitel über die privaten Haushalte deckt indes so manches Einkaufsverhalten und individuelle, mehr oder weniger bewusste ökonomische Strategien auf. Die Systematik ist bestechend klar, kaum jemand, der sich dort nicht wiederfindet. Gleichzeitig zeigt dieses Kapitel durchaus wissenschaftliche Modelle der individuellen Haushalte auf, die auch den wirtschaftlichen Laien nicht überfordern, sondern Klarheit über das eigene (ökonomische) Handeln verschaffen.

Der Aufbau dieser Einführung ist gut konzipiert: Zunächst werden Grundlagen und Ideen unterschiedlicher ökonomischer Denkweisen vorgestellt, in denen es um Konsumverhalten geht. Mit diesen Ansätzen werden auch wesentliche Aspekte von Politik und Gesellschaft erklärt. Anschließend wird der private Haushalt im Modell und in der Praxis analysiert, wobei seine Nachfrage nach Konsumgütern und die Arbeitskraft im Mittelpunkt stehen. Das nachfolgende Kapitel widmet sich den privaten Unternehmen,

die diese Güter produzieren. Die beiden folgenden Abschnitte thematisieren die Voraussetzungen des Marktes, wie er funktioniert und wie er von den Marktteilnehmern gestaltet und beherrscht wird – und schließlich die Entstehung und Organisation von Märkten. Privater Konsum und sein Zusammenhang mit geschichtlichen, gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen ist das Thema des letzten Kapitels, das auch zeigt, wie sehr Konsum auch in Marktwirtschaften politisch gesteuert wird.

Die Veranschaulichung trockener Theorie anhand gelungener Beispiele, wie wir sie tagtäglich erleben, ist ein großes Plus dieses Buches. Wer es wissenschaftlicher mag, ist, zumindest was den Einführungscharakter betrifft, mit diesem Buch auch gut bedient: Die regelmäßig eingeschobenen Quellen definieren Fachbegriffe wie rationales Handeln oder Grundsätze der Ökonomie, zeigen Statistiken, diskutieren den Zusammenhang von Privateigentum und Volkswohlstand, Markenvielfalt oder ökonomisches Bewusstsein. Literaturhinweise am Ende jedes Kapitels freuen LeserInnen, die sich etwas weiter in die Materie vorwagen möchten, und das Glossar erklärt sämtliche Fachbegriffe noch einmal anschaulich.

von Ingola Lammers

Reinhold Hedtke: *Ökonomische Denkweisen. Eine Einführung: Multiperspektivität - Alternativen - Grundlagen*  
Wochenschau-Verlag 2008, 335 S., broschiert, 19,80 EUR



## Auf dem Weg zu einer neuen Lernkultur – Lernen über Grenzen

Es gibt nicht viele Veröffentlichungen, in denen der Zusammenhang von Individualisieren und Demokratisieren so in die Augen springt wie hier. Die verschiedenen Beiträge sind Variationen zu den Grundfragen von Heterogenität – Individualisierung – Demokratisierung. Die Haltung, die man als Lehrkraft für die neue Art des Lernens braucht – so zeigt es der Blick in andere Länder –, ist »nicht zuletzt auf das Demokratieverständnis dieser Gesellschaften zurückzuführen« (S. 11). Dies ist der rote Faden, der in der Einführung »Von einander lernen« ausgelegt wird: der Zusammenhang von demokratischem Gemeinwesen und der Realisierung von Chancengleichheit.

Katrin Höhmann gelingt es, die Heterogenität aus der einseitigen Wahrnehmung der Lehrkräfte zu befreien, die sie mehrheitlich als Leistungsheterogenität sehen. Sie schätzen sie deshalb häufig als Belastungs- und Störfaktor ein. Andere Faktoren wie Geschlecht, Migrationshintergrund und Sozialstatus spielen für die meisten Lehrenden eine geringe Rolle. Demgegenüber konkretisiert Höhmann Heterogenität als relativen Begriff von begrenzter zeitlicher Gültigkeit – eine hilfreiche und praxisrelevante Klärung.

Während Individualisierung im selektierenden Schulsystem vor allem mit kompensatorischen Maßnahmen sowie mit Zusatzangeboten für schwache und starke Schülerinnen und Schüler gleichgesetzt wird, definiert Heidemarie Schäfers sie als »die Gestaltung von Lernprozessen, die vom lernenden Subjekt ausgehen und dessen jeweilige Ausgangslage berücksichtigen«. Sie unterscheidet zwischen individualisierendem Lehren und individualisiertem Lernen. Während der erste Begriff beim LehrerInnenhandeln im Umgang mit Heterogenität stehen bleibt, stellt der zweite Begriff die Aktivitäten der Lernenden in den Mittelpunkt. Darin steckt die eigentliche Unterrichtsrevolution: die Frage, wie die Lernenden zu Subjekten ihres eigenen Lernens werden können, anstatt permanent den Regieanweisungen der Lehrkräfte folgen zu müssen.

### Blick über den Zaun

Die Berichte über die Schulen in den nordischen Ländern und England enthalten eingangs Daten und Fakten, geben Beobachtungen und Gesprächsinhalte wieder und arbeiten die jeweiligen Charakteristika wie Schulkultur, Erfolgsfaktoren, Prinzipien der Bildungspolitik oder die Schulphilosophie heraus. Während in England das nationale Testsystem mit starkem öffentlichen Leistungs- und Konkurrenzdruck eine große Belastung für alle Beteiligten darstellt, trotz gut trainierter Lehrkräfte, heißt es in Finnland und Schweden: »Wir unterrichten Schülerinnen und Schüler, nicht Fächer«. Dazu gehört eine sichere, angstfreie Lernumgebung, um Selbstbewusstsein zu fördern, Stärken zu entdecken und zu entwickeln. Die Kinder lernen früh, über ihr Lernverhalten, ihre Lernwege und ihre Leistungen zu reflektieren und diese einzu-

schätzen. Dementsprechend werden Disziplinfragen und der Umgang mit Fehlern anders gehandhabt und eine systematische Einübung von Arbeitstechniken ist selbstverständlich. Das Besondere an der norwegischen Schule ist ihre Erneuerung in Richtung Inklusion. Bezieht sich Integration nur auf einzelne SchülerInnengruppen, meint Inklusion dagegen die ganze Schule als System. Das impliziert die Abkehr von einem hauptsächlich am LehrerInnenhandeln orientierten Klassenunterricht hin zu dem, was als guter Unterricht im Sinne der nordischen Länder (»Wir unterrichten Schülerinnen und Schüler«) definiert wird.

### Praxis konkret

Unter dem Sammelbegriff »Praxis konkret« werden einzelne pädagogische Fragen und didaktische Aspekte aus den Schulen anderer Länder noch einmal aufgegriffen, theoretisch vertieft und auf die Möglichkeiten der Unterrichtsverbesserung hin beleuchtet: die Lernenden im Mittelpunkt, Inklusion, Integration und

Sprachunterricht, Teamarbeit, Potenziale erkennen und Gesprächsführung. Durch die Vielzahl der verschiedenen Kapitel über miteinander verwandte Aspekte ist dieser Teil leider etwas redundant. Dennoch: Jedes einzelne Kapitel ist lesenswert und enthält viele

kluge Hilfen und Anregungen, die den Zugang zur Heterogenität verbessern können, auch wenn die Schulstrukturen in Deutschland weitergehende Veränderungen – derzeit noch (?) – vereiteln. »Lernen über Grenzen« möge zu einem Handbuch für alle Lehrerinnen und Lehrer werden und regen Gebrauch in der Aus- und Fortbildung finden. Glückwunsch an die Autorinnen und Autoren und Dank an die GEW für die Unterstützung der Veröffentlichung.

von Dr. Christa Lohmann

### Hinweis:

Ein begrenztes Kontingent des Buchs »Lernen über Grenzen« bietet die GEW ihren Mitgliedern zum Vorzugspreis von 17,50 EUR inkl. Versandkosten an (Ladenpreis: 24,90 EUR).

Bestellungen über: [broschueren@gew.de](mailto:broschueren@gew.de)

Katrin Höhmann/Rainer Kopp/Heidemarie Schäfers/Marianne Demmer (Hrsg.): Lernen über Grenzen. Auf dem Weg zu einer Lernkultur, die vom Individuum ausgeht, Verlag Barbara Budrich, Opladen & Farmington Hills 2009, 256 S.



## Petition gegen Studiengebühren

Der Bayerische Landtag stimmt in Kürze über einen Gesetzesantrag zur Abschaffung der Studiengebühren ab. Eine bayernweite Petition gibt diesem Gesetzesentwurf jetzt noch zusätzlichen Rückenwind. Schon jetzt wird die Petition von mehr als 26.000 SchülerInnen, Eltern und Studierenden unterstützt. Unterzeichnen kann man diese Petition ganz einfach im Internet. Dort gibt es auch Unterschriftenlisten zum Ausdrucken. Per E-Mail kann man auch Plakate und Flyer anfordern.

<http://www.studiengebuehrenbayern.de>  
[mail@studiengebuehrenbayern.de](mailto:mail@studiengebuehrenbayern.de)

## »Vielfalt tut gut« und »kompetent. Für Demokratie«

Die Vielfalt-Mediathek des IDA e. V. und des DGB-Bildungswerks, Bereich Migration & Qualifizierung, bietet eine umfangreiche Dokumentation von Print- und audiovisuellen Medien, die im Rahmen der Bundesprogramme »Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie« und »kompetent. Für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus« entstanden sind. Alle in der Mediathek enthaltenen Medien sind kostenlos – direkt über das Internet – für einen Zeitraum von 14 Tagen ausleihbar, viele Materialien stehen auch direkt zum Download bereit.

In der Mediathek findet man: Bildungsmaterialien mit Hintergrundinformationen zu aktuellen Erscheinungsformen von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus; Kurz- und Dokumentarfilme von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, von Theaterworkshops und lokalen Initiativen gegen Rechtsextremismus; Trainingsordner und Praxishandbücher mit Methoden und Übungen für Fortbildungen, Schule und außerschulische Jugendarbeit; Verzeichnisse über Filme und Bildungsmaterialien zu verschiedenen Schwerpunkten; Gesamtdokumentationen der lokalen Aktionspläne zur

# Dies und Das

Stärkung der demokratischen Kultur, des zivilen Engagements und der Förderung von Toleranz und Weltoffenheit und vieles mehr.

Die Mediathek bietet: Inhaltsbeschreibungen der einzelnen Materialien; Verlinkung mit anderen in der Mediathek verfügbaren Publikationen; Kontaktadressen von Trägern einzelner Projekte sowie lokalen Aktionsplänen; einen Verleihservice, der durch den Projektpartner DGB-Bildungswerk, Bereich Migration & Qualifizierung, sichergestellt wird.

Die Vielfalt-Mediathek ist im Internet zu finden unter:

[www.vielfalt-mediathek.de](http://www.vielfalt-mediathek.de) und unter  
[www.migration-online.de/mediathek](http://www.migration-online.de/mediathek)

## Krisenkompetenz in der Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Eltern unter geschlechtsspezifischen Aspekten

In Schulen und Kindertagesstätten begegnen uns immer wieder Mädchen und Jungen, die uns signalisieren, dass sie sich in einer schwierigen Situation befinden: Sie ziehen sich zurück, werden gegen sich und andere gewalttätig oder zeigen andere Verhaltensauffälligkeiten.

Wie können Lehr- und Erziehungskräfte mit belastenden Themen wie Krankheit, Verlust und Gewalterfahrung, Sucht, Arbeitslosigkeit etc. konstruktiv und professionell umgehen, ohne selbst in Not zu geraten? Was geschieht in Familien bei akuten Krisensituationen? Welche geschlechtsspezifischen Unterschiede im Erleben und Bewältigen von Krisen gibt es? Wie können Jungen, Mädchen, Väter und Mütter in respektvoller Weise in diesen schwierigen Situationen begleitet werden, ausgehend von einem lösungsorientierten Ansatz? Wo finden sie fachliche Unterstützung und Begleitung, an

wen können sie weiter vermittelt werden? Das Pädagogische Institut der Stadt München bietet zu diesen Fragen eine Fortbildung an.

Termin: Montag, 18.05.09 und Dienstag, 19.05.09 jeweils 14.00 bis 18.00 Uhr

Ort: Pädagogisches Institut

Zielgruppe: Lehrkräfte, Erziehungskräfte, SchulsozialarbeiterInnen

Referentin: Gabi Reichhelm

Anmeldungen:

[ursula.kissel@muenchen.de](mailto:ursula.kissel@muenchen.de) oder

[gabi.reichhelm@muenchen.de](mailto:gabi.reichhelm@muenchen.de)

Tel.: 0 89-2 33-2 08 56

## »Wer entscheidet, wen und ob du heiratest?«

Einen Informations-Flyer für Mädchen und junge Frauen zu diesem Thema hat das Pädagogische Institut der LH München produziert. Er kann bestellt werden bei:

Schul- und Kultusreferat der LH München

Pädagogisches Institut • Gabi Reichhelm

80539 München • Herrnstr. 19

[gabi.reichhelm@muenchen.de](mailto:gabi.reichhelm@muenchen.de)

## »... sonst bist Du nicht mehr meine beste Freundin!«

Das Phänomen des Mobbing zwischen Mädchen verweist auf zurückgehaltene Empfindungen von Ärger, Wut und Zorn, die offenzulegen sich Mädchen scheuen. Stattdessen bringen sie ihre aggressiven Impulse auf indirekte Weise zum Ausdruck – häufig nicht ahnend, wie sehr sie sich selbst und andere damit schädigen. Eine IMMA-Fortbildung will verborgene Aspekte weiblicher Aggression beleuchten und helfen, die Bedeutung von Kontakt und Bindung für Mädchen unter besonderer Berücksichtigung früher Adoleszenz sowie des Phänomens verunsicherter (Selbst-)Wahrnehmung zu »durchschauen«. Ziel ist es, Fachkräfte zu befähigen, aggressive Impulse von Mädchen frühzeitig zu erkennen, tiefer liegende Hintergründe zu verstehen



**Klinik am Leisberg**  
BADEN-BADEN

Von hier an geht es aufwärts!

Ein wunderschönes Ambiente in einer besonderen Stadt ist der Rahmen für unser erfolgreiches Therapieangebot in freundlicher Atmosphäre. Hier werden Sie sich wohlfühlen und gesund werden!

**Indikationen:** Depression, Angst- und Paniksyndrom, Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, **Essstörungen**, Zwänge, Erschöpfungssyndrom („Burn-out“), Schmerzen

**Kostenübernahme:** Private Krankenversicherungen, Beihilfe

**HOTLINE: 07221/39 39 30**

Gurzenhachstr. 8, **76530 Baden-Baden**  
[www.leisberg-klinik.de](http://www.leisberg-klinik.de) • [info@leisberg-klinik.de](mailto:info@leisberg-klinik.de)

Private Klinik für psychosomatische Medizin  
Akutstationen möglich, wir betreuen Sie gerne!



Der LesePeter ist eine Auszeichnung der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der GEW für ein herausragendes, aktuelles Buch der Kinder- und Jugendliteratur. Die ausführliche Rezension (mit pädagogischen Hinweisen) gibt es unter: [www.AJuM.de](http://www.AJuM.de) (Datenbank) oder [www.LesePeter.de](http://www.LesePeter.de)

Im Mai 2009 erhielt den LesePeter das Kinderbuch

### Watt Key: Alabama Moon

Dressler Verlag • Hamburg 2008 • 347 Seiten • 15,90 EUR  
ab 10 Jahren • ISBN 978-3-7915-1114-6

Der zehnjährige Moon ist in den Wäldern Alabamas aufgewachsen. Als sein Vater stirbt, macht sich der Junge auf den Weg nach Alaska, um dort andere zu finden, die so leben wie er. Doch der Junge kennt nur das Leben im Wald, hier kann er sich selbst versorgen. Auf dem Weg gerät er allzu schnell in die Mühlen des Staates, der nun die Verantwortung übernimmt, sich kümmert und für ihn sorgt. Aber in der Wildnis hat Moon eins gelernt: überleben.

und respektvollen und stärkenden Umgang mit Aggressivität von Mädchen anzuregen. Termin: 25. und 26.06.2009, 9.30 - 17.00 Uhr  
Kosten: 195 Euro

Anmeldeschluss: 25.05.2009  
IMMA, Kontakt- u. Informationsstelle für Mädchenarbeit • Jahnstr. 38 • 80469 München  
Tel. 0 89-23 88 91 20  
kontakt.informationsstelle@imma.de

### **Spieglein, Spieglein an der Wand, wer ist die Schönste im ganzen Land?**

Mädchen und junge Frauen mit Essstörungen hungern oder erbrechen sich mit dem Blick auf ein unerreichbares körperliches Ideal, da sie Angst haben, nur auf diese Weise Anerkennung bekommen zu können.

Sie wollen nicht schön sein, sondern müssen die Schönste sein: ein permanenter Druck, der aus einem tiefen Minderwertigkeitsgefühl resultiert und durch gesellschaftliche Vorbilder unterstützt wird. In einer Fortbildung für Fachfrauen werden Wege aus diesem Kreislauf aufgezeigt und erarbeitet.

Termin: 16.06.09, 9.30 - 17.00 Uhr und 17.06.09, 9.30 - 12.30 Uhr

Kosten: 100 Euro  
Anmeldeschluss: 16.06.2009

IMMA, Kontakt- u. Informationsstelle für Mädchenarbeit • Jahnstr. 38 • 80469 München  
Tel. 0 89-23 88 91 20  
kontakt.informationsstelle@imma.de

### **Cross-Work – ja, was ist jetzt des?**

Fachmänner werden in der sozialen bzw. pädagogischen Arbeit gebraucht – für die Arbeit mit den Jungen und auch als kompetente Ansprechpartner für die Mädchen. Fachfrauen sind nach wie vor die Hauptansprechpartnerinnen für Jungen. Was erwarten Kolleginnen und Mädchen/junge Frauen von mir als Mann und was erwarten die Jungen von mir als Frau? Diese »Cross-Work«-Situation hat Grenzen, aber auch viele Chancen. Eine Fortbildung für Fachfrauen und Fachmänner will das Wissen über Lebenswelten und Sozialisationsanforderungen vermitteln. Die Reflexion des eigenen Frauen- und Männerbildes sowie die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Bedingungen dienen als Basis für die Gestaltung des professionellen Kontaktes. Geschlechtshomogene und -gemischte Arbeitssettings werden abwechselnd eingesetzt.

Termin: 02. und 03.07.2009, 9.30 - 17.00 Uhr  
Kosten: 140 Euro

Anmeldeschluss: 02.06.2009  
IMMA, Kontakt- u. Informationsstelle für Mädchenarbeit • Jahnstr. 38 • 80469 München  
Tel. 0 89-23 88 91 20  
kontakt.informationsstelle@imma.de

### **DGB-Ratgeber Ein-Euro-Jobs**

Ein-Euro-Jobs, sogenannte Arbeitsgelegenheiten, sind derzeit das bevorzugte Instrument der Arbeitsförderung. Jährlich werden etwa 700.000 dieser Maßnahmen begonnen.

## **Dies und Das**

Ein-Euro-Jobber gelten nicht als Beschäftigte im üblichen Sinne, aber auch sie haben Rechte. Über diese informiert umfassend ein neuer DGB-Ratgeber. Welche Regeln gelten für unter 25-Jährige? Wann drohen Sanktionen? Der Ratgeber beantwortet alle relevanten Fragen und gibt viele Tipps. Ein Kapitel zeigt, was Betriebs- und Personalräte tun können, wenn in ihrem Betrieb Ein-Euro-Jobber eingesetzt werden. Der Ratgeber kostet 0,50 Euro plus Versandkosten.

[www.dgb-bestellservice.de](http://www.dgb-bestellservice.de)

### **Theater als profitable Geldanlage**

An Selbstbewusstsein scheint es den Theaterleuten der »Berliner Compagnie e. V.« nicht zu mangeln. »Bei uns ist Ihr Geld sicher. Investieren Sie in Bewusstseinsveränderung! Laden Sie die Berliner Compagnie zu einem Gastspiel ein!« Auf diese Weise bietet die Gruppe Stücke an. Ihre Themen sind der Krieg in Afghanistan, die aufhaltbare Privatisierung des Wassers, der Zusammenhang zwischen den Arbeitsbedingungen in Niedriglohnezonen und den Produktionsvorgaben hiesiger Konzerne der Bekleidungsindustrie u. a.

Wer also die Ansicht teilt, dass für eine sichere Zukunft nicht ein dickes Portefeuille, sondern eine veränderte Welt notwendig ist, kann die »Berliner Compagnie e. V.« für ein Gastspiel buchen über

Karin Fries • Tel.: 0 89-1 29 86 24  
karin-fries@berlinercompagnie.de  
[www.berlinercompagnie.de](http://www.berlinercompagnie.de)

### **»Wissenswertes für Beamtinnen und Beamte« 2009/2010 erschienen**

Bundes- und Landesgesetzgeber haben begonnen, die beamtenrechtlichen Konsequenzen aus der Föderalismusreform in Gesetze zu gießen. Das Beamtenstatusgesetz trat am 1.4.2009 in Kraft. Die Länder sind dabei, ihre Beamtengesetze an die Regelungen des Statusgesetzes anzupassen. Nicht alle planen eine umfassende Reform ihres Dienstrechts. Im Bund sind weite Teile des Dienstrechtsneuordnungsgesetzes in Kraft getreten. Über die aktuellen Entwicklungen im Beamtenrecht im Bund und in den Ländern informiert die überarbeitete Auflage des Taschenbuches auf 360 Seiten. GEW-Mitglieder erhalten das Buch zum Vorzugspreis von 5,00 EUR zzgl. 2,50 EUR Versandpauschale. Nichtmitglieder zahlen 7,50 EUR zzgl. 2,50 EUR Versandpauschale. Bestellungen an:

Info-Service Öffentlicher Dienst/Beamte  
Hoherweg 270 • 40237 Düsseldorf  
Tel.: 01 80-5 83 52 26 • Fax: 01 80-5 32 92 26  
infoservice@beamten-informationen.de  
[www.beamten-informationen.de](http://www.beamten-informationen.de)

### **»Entdecke die Vielfalt«**

Unter diesem Motto sucht die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) wieder Engagierte, die sich für den Erhalt von Tier- und Pflanzenarten und ihrer Lebensräume aktiv einsetzen. Dazu schreibt sie einen Jugend- und SchülerInnenwettbewerb zum Thema Biodiversität aus. Das Ziel ist, Menschen dazu zu befähigen, Herausforderungen der Zukunft vorherzusehen, sich ihnen zu stellen und sie zu lösen. In den Kategorien »Natur erforschen«, »Verantwortlich handeln« und »Kreativ kommunizieren« sind wissenschaftliche Beiträge genauso willkommen wie kreative. Zu gewinnen sind Geld-, Sach- und Sonderpreise im Wert von 20.000 Euro.

Bewerbungen – ausschließlich online – sind bis zum 18. November möglich unter [www.entdecke-die-vielfalt.de](http://www.entdecke-die-vielfalt.de)

### **Gasteltern gesucht**

AFS Interkulturelle Begegnungen e. V. organisiert seit über 60 Jahren SchülerInnenaustauschprogramme für Jugendliche. Jährlich kommen auf diesem Weg etwa 800 SchülerInnen zwischen 16 und 18 Jahren für zehn Monate nach Deutschland, leben in einer Gastfamilie und gehen zur Schule. Gastfamilie kann jede Familie werden, die aufgeschlossen und bereit ist, sich einem jungen Menschen und seiner Kultur zu öffnen. Auch Alleinerziehende und Paare ohne Kinder sind eingeladen, eine/n GastschülerIn aufzunehmen. AFS freut sich besonders über Bewerbungen von Familien, die selbst nach Deutschland zugewandert sind. Für September 2009 werden noch Gastfamilien gesucht.

Weitere Informationen, Broschüren und Informationsmaterial zu AFS gibt es unter [www.afs.de](http://www.afs.de)

### **»John Rabec« im Unterricht**

In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für Politische Bildung hat »Vision Kino, Netzwerk für Film- und Medienkompetenz« mit dem filmpädagogischen Online-Angebot »Kinofenster« Unterrichtsvorschläge und Unterrichtsmaterial für den Schulunterricht der 9. bis 13. Klasse sowie die Kinder- und Jugendbildung für 14- bis 18-Jährige entwickelt, die sich mit den Ereignissen und dem Umfeld, das der Film beschreibt, auseinandersetzt. Schulvorstellungen und Extra-Vorstellungen für GEW-Gliederungen können angefragt werden.

Das Material gibt es unter:  
[www.kinofenster.de](http://www.kinofenster.de) • [www.visionkino.de](http://www.visionkino.de)

**Die  
Klassenfahrtseite**  
jede Woche neue Angebote  
[www.schulfahrt.de](http://www.schulfahrt.de)  
Tel. 0 35 04/64 33-0

# Interessante Veranstaltungen ab Mai 2009

Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an Susanne Glas in der GEW-Landesgeschäftsstelle: [sg@bayern.gew.de](mailto:sg@bayern.gew.de)

<b>06.05.09</b>	<b>Sprachförderung im Kita-Alltag – Spiel oder Training?</b> Mit Michael Köditz vom Referat Sozialpädagogik der GEW Hessen, in Kooperation der GEW Aschaffenburg mit der KAB Betriebsseelsorge.	Informations- und Diskussionsabend	<b>Aschaffenburg</b> Martinushaus, Treibgasse 26 20.00 Uhr
<b>07.05.09</b>	<b>Interkulturelle Verständigung – Schwerpunkt Elternarbeit.</b> Mit Meral Meindl, Diplom-Sozialpädagogin (FH), Erzieherin, Interkulturelle und antirassistische Trainerin (Lidia).	Vortrag und Diskussion	<b>Erding</b> Hauptschule Altenerding 19.30 Uhr
<b>09.05.09</b>	<b>Mit einem Bein im Gefängnis? Aufsichtspflicht und Haftung in der Arbeit mit Kindern.</b> Fortbildung der GEW Ansbach. Mit Erwin Denzler. (Näheres siehe nächste Seite unten.)	Fortbildungsseminar	<b>Ansbach</b> Evangelisches Gemeindehaus 9.30 - 14.00 Uhr
<b>13.05.09</b>	<b>Eine Schule für Jungen und Mädchen.</b> Mit Jörg Poll, GEW-Kreisvorsitzender und Hauptschullehrer.	Referat und Diskussion	<b>Kaufering</b> Hauptschule, 20.00 Uhr
<b>15.-16.05.09</b>	<b>Effektiv arbeiten mit neuen Medien. */**</b> Mit Doris Aschenbrenner und Moni Hartl.	Seminar	<b>Nürnberg</b> DGB-Haus
<b>16.05.09</b>	<b>Natur erleben – Zusammenhänge begreifen. */**</b> Eine Veranstaltung der GEW Oberbayern.	Erkundung	<b>Ebersberg</b> 10.00 - 15.00 Uhr
<b>18.05.09</b>	<b>Erlebnispädagogik im Schullandheim.</b> Wolfram Witte präsentiert mit Bildern und Film zwei Aufenthalte bei »Erlebnistage Bayerischer Wald«.	Veranstaltung der FG Sonderpädagog. Berufe, München	<b>München</b> DGB-Haus 19.00 - 21.00 Uhr
<b>19.-20.06.09</b>	<b>Neumitgliederseminar.</b> ** Die GEW – Personal, Politik und Perspektiven kennenlernen. Dieses Mal mit Kanu-Tour! Mit Moni Hartl und Silke Fischer.	Seminar mit Kanu-Tour	<b>Hammelburg</b> Hotel zum Engel
<b>04.07.09</b>	<b>Eine Schule für alle – Migrantenkinder in einem gerechten Schulsystem.</b> Eine Tagung für GEW-Mitglieder und Interessierte mit Anne Ratzki u. a.	Referate und Arbeitsgruppen	<b>München</b> DGB-Haus
<b>08.07.09</b>	<b>Auf ein Wort: Bildung ist Mehrwert.</b> Ilse Schaad vom GEW-HV wertet die Tarifrunde aus und spricht über weitere Perspektiven der Tarifpolitik. Veranstalter: GEW Aschaffenburg.	Informationsabend	<b>Aschaffenburg</b> Martinushaus, Treibgasse 26 20.00 Uhr
<b>10.07.09</b>	<b>outside in – 1992 auf der Straße, 2009 im KunstLANDing.</b> Ausstellungsführung mit Elisabeth Claus, Verantst.: GEW-Aschaffenburg	Sommerfest der GEW	<b>Aschaffenburg</b> Neuer Kunstverein, 18.00 Uhr
<b>11.07.09</b>	<b>Schulsozialarbeit in Bayern.</b> Grundsätze und Perspektiven. Mit Herbert Bassarak und Hermann Rademacker. Für GEW-Mitglieder.	Fachgespräch	<b>München</b> DGB-Haus, 10.00 - 13.00 Uhr
<b>17.-19.07.09</b>	<b>Den Übergang vom Beruf in den Ruhestand und das nachberufliche Leben aktiv gestalten. */**</b> Mit Heike Baumgart und Hans-Wilfried Kuhlen. Für GEW-Mitglieder und PartnerInnen.	Workshop	<b>Kallmünz/Traidendorf</b> Tagungshaus Hammerschloss
<b>24.-25.07.09</b>	<b>Mehr Zeit für Wesentliches. */**</b> Gegen die Tyrannei der Dringlichkeit. Mit Werner Dießner. Für GEW-Mitglieder und Interessierte.	Seminar	<b>Bamberg</b> Center Hotel
<b>01.-02.08.09</b>	<b>Wir haben die Krise! Was nun? */**</b> GEW-Sommerseminar mit Dr. Joachim Bischoff.	Seminar	<b>Haimbuchenthal</b> Hotel Christel

**München:** siehe immer auch: [www.gew-muenchen.de](http://www.gew-muenchen.de). Weitere Informationen über unsere Mailinglist, bitte per E-Mail anfordern. Ein Eintrag in die Mailinglist ist jederzeit widerruflich!

\* Anmeldung erbeten, falls nicht anders angegeben: GEW-Geschäftsstelle, Susanne Glas, [sg@bayern.gew.de](mailto:sg@bayern.gew.de), Tel. 0 89-54 40 81 16, Fax: 0 89-5 38 94 87  
 \*\* Teilnahmegebühr



## Fachgruppe Berufliche Schulen

Die Landesfachgruppe Berufliche Schulen trifft sich

am Samstag, den **09. Mai 2009**

von 10:00 Uhr bis 16:00 Uhr

in München, Gewerkschaftshaus,  
Schwanthalerstraße 64  
Raum siehe Informationsbrett

Hauptthema:

### Anrechnung von Berufsschul-Leistungen auf Studiengänge?

Mit Ulrich Hörlein, Ministerialdirigent beim Bayer. Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Folgende Fragen sollen behandelt werden:

Lohnt sich eine Berufsausbildung vor einem Studium? • Welche Bedeutung hat berufliche Handlungskompetenz für einen erfolgreichen Hochschulabschluss? • Wem nützt die Hochschulautonomie bei der Anrechnung? • Wie kann eine Anrechnung praktisch ablaufen? • Welche rechtlichen Möglichkeiten hat das Wissenschaftsministerium, die Anrechnungspraxis zu beeinflussen? • Wie könnte eine berufliche Oberstufe aussehen, die mit einer Hochschulausbildung kompatibel ist? • Welche Bedeutung haben Kooperationen zwischen Fachschulen und Hochschulen? • Welche Rolle spielen private Hochschulen bei der Anrechnung? • Was können Hochschulen tun, damit mehr Absolventen aus der Berufsbildung ein Studium erfolgreich abschließen? • Welche Forderungen haben wir an die Politik?

Weitere Themen:

- Gleichwertigkeit, Durchlässigkeit – was gibt es Neues vom DQR?
- Leistungsentgelt – wie geht es weiter?
- Änderungen im Beamtenrecht (Altersteilzeit, Wochenarbeitszeit, Pension mit 67)
- Wie können Mitglieder Einfluss auf die Tarifarbeit nehmen? (Stellungnahme zu den Vorschlägen einer LTK)
- Rückschau auf den Gewerkschaftstag
- Mitgliederwerbung – wie kann eine Präsenz bei den Vereidigungsterminen sichergestellt werden?

AG Berufsschulen: Auswirkungen der Bankenkrise auf Ausbildung und Übernahme • Arbeitsgruppe FOS/BOS: Lehrkräftemangel – was tun? Budgetierung

# Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ...

Diese Treffen finden regelmäßig statt, nicht jedoch in den Ferienzeiten. Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an die DDS-Redaktion: Karin Just, GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München ☎ 0 89/51 00 91 02 • Fax: 0 89/5 38 94 87 • KJ@bayern.gew.de

**Ansbach** Termine/Informationen: [www.gew-ansbach.de](http://www.gew-ansbach.de)  
Kontakt: Günther Schmidt-Falck, ☎ 0 98 02/95 31 42

**Aschaffenburg/Miltenberg** Termine/Themen der Treffen siehe Aktionskalender auf [www.gew-aschaffenburg.de](http://www.gew-aschaffenburg.de)  
Kontakt: Reinhard Frankl, ☎ 0 60 95/99 50 49

**Augsburg** jeden 1. Schuldonnerstag im Monat offene Vorstandssitzung ab 19.30 Uhr im Augsburger GEW-Büro, Schaezlerstr. 13 1/2  
Kontakt: Ulli Bahr, ☎ 08 21/51 45 02 (GEW-Nummer mit AB)

**Bad Neustadt** Treffen nach Vereinbarung  
Kontakt: Wolfgang Büchner, ☎ 0 97 73/82 86

**Bad Tölz/Wolfratshausen** Offener Treff jeden 1. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Ratsstuben Geretsried  
Kontakt: Andreas Wagner, ☎ 0 81 71/96 56 05

**Bamberg** Termine/Themen der Treffen siehe: [www.gew-oberfranken.de](http://www.gew-oberfranken.de)  
Kontakt: Ernst Wilhelm, ☎ 09 51/6 78 88

**Bayreuth** jeden 1. Mittwoch im Monat oder nach Ferien, 20.00 Uhr Stammtisch und Vorstands-Treff, Podium, Gerberplatz 1, Bayreuth  
Kontakt: Ernst Friedlein, ☎ 0 92 01/5 90, Roland Dörfler, ☎ 09 21/9 26 55

**Coburg** jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Gaststätte Loreley, Herrngasse, Coburg  
Kontakt: Karin Seifert-Lobedank, ☎ 0 95 61/81 20 36

**Donau-Ries/Dillingen** mittwochs nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, wechselnd: DGB-Haus Nördlingen oder Posthotel Traube Donauwörth  
Kontakt: Hansjörg Schupp, ☎ 0 90 83/4 16, Fax: 0 90 83/9 10 78

**Erlangen** jeden Dienstag Sprechstunde von 17.30 - 18.30 Uhr Arbeitslosenberatung: jd. 1. + 3. Mittwoch im Monats, 17-19 Uhr, Friedrichstr. 7  
Kontakt: Hannes Henjes, ☎ 0 91 93/17 12, [www.gew-erlangen.de](http://www.gew-erlangen.de)

**Forchheim** jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, Meierhof, Bammersdorferstr. 1  
Kontakt: Markus Weinberger, ☎ 0 91 91/97 44 51

**Fürth** jeden Freitag 13.20 Uhr, Gaststätte BAR, Gustavstraße  
Kontakt: Gerhard Heydrich, ☎ 09 11/8 01 97 00

**Haßfurt** jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Alte Schule  
Kontakt: Walter Richter, ☎ 0 95 23/76 89

**Ingolstadt** erweiterte Vorstandssitzung jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Café/Bistro »Brezels«, Am Paradeplatz, Ingolstadt  
Kontakt: L. Peter Thierschmann, ☎ 08 41/98 06 39

**Kempten** jeden 1. Dienstag im Monat  
Kontakt: Doris Lauer, ☎ 08 31/2 79 10

**Lindau** Treffen nach Vereinbarung  
Kontakt: Irene Mathias, ☎ 0 83 82/2 83 09

**Main-Spessart** Treffen nach Vereinbarung  
Kontakt: Elfriede Jakob-Kornianos ☎ 0 93 52/57 68 oder Wolfgang Tröster, ☎ 0 93 53/81 81

**Memmingen/Unterallgäu** jeden 1. Schuldonnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Memminger Waldhorn, Waldhornstr. 11, Memmingen  
Kontakt: Stefan Kohl, ☎ 0 83 31/8 31 92 81, [gew-unterallgaeu@gmx.de](mailto:gew-unterallgaeu@gmx.de)

**München AK Personalaräte und Vertrauensleute** monatliche Treffen, Mittwoch 17.00 Uhr, DGB-Haus, Termine auf Anfrage  
Kontakt: Hacki Münder, ☎ 0 89/4 48 39 16 und Franz Stapfner, ☎ 0 89/5 80 53 29

**München Aktion Butterbrot**  
Treffen im DGB-Haus, Termine: [www.aktionbutterbrot.de](http://www.aktionbutterbrot.de)  
Kontakt: [aktion-butterbrot@web.de](mailto:aktion-butterbrot@web.de)

**München Fachgruppe Berufliche Schulen** Termine auf Anfrage  
Kontakt: Joe Lammers, ☎ 0 89/3 08 82 43

**München Fachgruppe Grund- und Hauptschulen**  
Termine auf Anfrage  
Kontakt: Jürgen Pöbnecker, ☎ 0 89/66 80 91

**München Fachgruppe Gymnasien** Termine auf Anfrage  
Kontakt: Andreas Hofmann, ☎ 0 89/7 25 83 94

**München Fachgruppe Hochschule und Forschung**  
Termin: Jeden 3. Montag im Monat, 19.00 - 21.00 Uhr  
Kontakt: [sabine.herzig@bayern.gew.de](mailto:sabine.herzig@bayern.gew.de)

**München Fachgruppe Realschulen** Termine auf Anfrage  
Kontakt: Heidi und Alexander Lungmus, [fam.lungmus@t-online.de](mailto:fam.lungmus@t-online.de)

**München Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe**  
Termine: [www.gew-muenchen.de](http://www.gew-muenchen.de)  
Kontakt: Stefan Teuber, ☎ 0 89/36 72 77

**München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe** jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, DGB-Haus  
Programm: [www.gew-muenchen.de](http://www.gew-muenchen.de)  
Kontakt: Bernd Englmann-Stegner, ☎ 0 89/49 68 81

**München GEW-Hochschulgruppe im AK Gewerkschaften**  
Offene Treffen jeden 1. und 3. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, AStA LMU,  
Kontakt: [gewerkschaften-kontakt@stuve.uni-muenchen.de](mailto:gewerkschaften-kontakt@stuve.uni-muenchen.de)

**München Lehramtskampagne an der Uni**  
Sprechstunde Dienstag 10.00 - 12.00 Uhr in der SIB um AStA der LMU, Leopoldstr. 15, 80802 München  
Kontakt: [gew-la@stuve.uni-muenchen.de](mailto:gew-la@stuve.uni-muenchen.de)

**Neumarkt/Oberpfalz** Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, Plitvice  
Kontakt: Sigi Schindler, ☎ 0 91 85/10 91

**Neu-Ulm/Günzburg** Treffen: monatlich, Termin auf Anfrage  
Gasthaus Lepple, Vöhringen, oder Bad Wolf, Neu-Ulm  
Kontakt: Ulrich Embacher, ☎ 0 73 07/2 33 96

**Nürnberg AK Gewerkschaftlicher Durchblick** jeden Dienstag, 21.00 Uhr  
Kontakt: Geschäftsstelle BV Mittelfranken, ☎ 09 11/6 58 90 10

**Nürnberg Fachgruppe Berufliche Schulen**  
Termine auf Anfrage  
Kontakt: Reinhard Bell, ☎ 09 11/3 18 74 56

**Nürnberg/Fürth FG Sonderpädagogische Berufe Mittelfranken**  
Termine und Infos unter: [www.gew-fachgruppe.de.vu](http://www.gew-fachgruppe.de.vu)  
Kontakt: Stephan Stadlbauer, ☎ 09 11/7 36 03 10

**Nürnberger Land** Termine auf Anfrage  
Kontakt: Hermann Hagel, ☎ 0 91 28/72 90 51

**Pfaffenhofen** jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Griechisches Restaurant Afrodite in Niederscheyern  
Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 0 84 41/7 11 92

**Regensburg** jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Fontana, Gesandtenstr. 18  
Kontakt: Peter Poth, ☎ 09 41/56 60 21

**Rosenheim/Kolbermoor** jeden 3. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, Pizzeria Milano/Zum Mareis in Kolbermoor  
Kontakt: Andreas Salomon, ☎ 0 80 31/9 51 57

**Schweinfurt** jeden 2. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Café Metropolis, Gutermannpromenade  
Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 0 97 21/18 69 36

**Selb** jeden 1. Schulmontag im Monat, 20.00 Uhr, Golden Inn, Bahnhofstraße  
Kontakt: Fred Leidenberger, ☎ 0 92 53/12 21

**Starnberg** jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.30 Uhr, Herrsching, KommHer, Luitpoldstraße, alte Volksschule  
Kontakt: Werner Siegl, ☎ 0 81 52/35 06

**Sulzbach-Rosenberg** jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Gaststätte Sperber  
Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 0 96 61/77 55

**Weiden** jeden 1. Schulmontag im Monat, 19.30 Uhr, Reichelbräustüberl, Ackerstraße, Nähe JUZ  
Kontakt: Richard Dütsch, ☎ 09 61/6 34 39 34

**Weißenburg (Mfr.)** jeden 1. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr, Casino  
Kontakt: Harald Dösel, ☎ 0 91 41/90 10 36

**Würzburg** jeden 2. Mittwoch (ab 1. Schulmittwoch nach Ferien), 20.00 Uhr, Altdeutsche Weinstube  
Kontakt: Walter Feineis, ☎ 09 31/4 03 91

[www.gew-bayern.de](http://www.gew-bayern.de)